

Hoffentlich kein Beleg für die Leistungen des Deutschen Bildungssystems



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Wenn Ihr diesen insider in den Händen haltet stehen die Landtagswahlen in Hessen unmittelbar bevor oder sind gerade erfolgt. Wie auch immer: Koalitionen werden zu diesem Zeitpunkt nur theoretisch sichtbar sein. Man kann nur hoffen, dass sich die Koalitions-Findungsgespräche in Hessen nicht so lange hinziehen wie die bei den letzten Bundestagswahlen.

Eines aber ist sicher: Allen Umfragen zufolge war BILDUNG das Megathema vor der Wahl. Insofern müssen wir von den zukünftigen Koalitionspartnern – wer immer das auch sein mag – Bildung als Priorität für die kommende Legislaturperiode einfordern.

Zur Bildung gehört unabdingbar auch die Berufsbildung, und zwar die gesamte Palette unter dem Dach der Berufsbildenden Schulen (BBS) - 160.000 junge Menschen in den Bereichen:

- ◆ Bildungsgänge der Berufsvorbereitung (BVJ; PuSch; InteA; Sonderklassen)
- ◆ Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung (BGJ; 2-j. Berufsfachschule zum Mittleren Abschluss; Schulversuch BüA; 1-j. Höhere Berufsfachschule)
- ◆ Bildungsgänge der Berufsausbildung (Berufsschule als Teil des dualen Ausbildungssystems; Vollschulische

Berufsausbildung nach Landesrecht - sog. Assistentenberufe)

- ◆ Bildungsgänge zur Studienberechtigung (Fachoberschule – AFHR sowie Berufliches Gymnasium – AHR)
- ◆ Bildungsgänge der Weiterbildung (diverse ein- und mehrjährige Fachschulen).

Die neue Landesregierung mit ihrem Kultusministerium tut gut daran, den komplexen, bildungs- und arbeitsmarktpolitisch wichtigen Bereich der Berufsbildenden Schulen besser und nachhaltiger zu bedenken und zu fördern, als dies bisher der Fall war. Und dazu gehört unabdingbar, mit den Schulen und den anderen Institutionen im Berufsbildungsbereich zusammen zukunftsweisende Perspektiven zu entwickeln und nicht nur zu verwalten.

Ob dies so kommen wird hängt aber auch und nicht zuletzt von dem Engagement und der Gestaltungs- und Widerstandskraft der Beschäftigten in Schulen, Seminaren, Staatlichen Schulämtern, Lehrerbildungsinstitutionen etc. ab. Die GEW und ihre Fachgruppe Berufsbildende Schulen werden diese Aktivitäten tatkräftig unterstützen

In diesem Sinne wünsche ich Euch pädagogisch viel Erfolg, persönlich viel Freude und Bereicherung in Eurer Arbeit, inner-schulisch die Weiterentwicklung demokratischer Gepflogenheiten und nach Außen geräuschvolles Engagement.

Dieter Feindt

INHALTSVERZEICHNIS

QuABB-Schülerfilme	3
news	4
Aktionstag Produktionsschulen	6
Modernisierte Berufe E+M	8
Ausbildung fair vergüten	9
HPRL – Intern	10
Fortbildung im Berufsschulbereich	11
Theater in der Schule	12
Anhörung zu InteA	15
Neue Publikationen	16
Nachtrag zu Hochschultagen	17
BÜA – Evaluation	18
PISA – Entlastung für Lehrkräfte	20
Qualitätsoffensive Lehrerbildung	21
Klassenleitung für LIVs?	22
Ffm: Schulen ohne WLAN	23
Mit Demokratie ernst machen-Interview	24
BZB + Produktionsschule in Marburg	26
Un da soll mer sich net uffreesche	28
Berufsausbildung in Hessen	30
Digitalpakt + Nationaler Bildungsrat	31
Gletscherchronik	32

PROBLEME NICHT ESKALIEREN LASSEN

SCHÜLERFILME SENSIBILISIEREN FÜR KONFLIKTLÖSUNG IN DER BERUFSAUSBILDUNG

Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir hat Offenbacher Berufschülerinnen und -schülern für ihren Beitrag zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen gelobt. „Viel hängt davon ab, dass Jugendliche bei Problemen rechtzeitig Hilfe suchen, bevor die Sache eskaliert“, sagte der Minister in der August-Bebel-Schule in Offenbach bei der



Uraufführung von sechs Videoclips, die typische Konflikte im Laufe einer Berufsausbildung behandeln. Erdacht und produziert wurde die Serie von Mitgliedern der Schülerunternehmung soccc (School of Cool Creativity) der August-Bebel-Schule.

Noch immer wird in Hessen jede vierte duale Ausbildung (24,6

Clip „Restaurantfachkraft“: <https://youtu.be/mQ1O0jMEhUo>

Clip „Zahnarztpraxis“: <https://youtu.be/QhQ4uhnc-es>

Clip „Kein Interesse?“: <https://youtu.be/Hh1hYSurVow>

Clip „Junger Ausbilder“: <https://youtu.be/74oodbJLDUI>

Clip „Unangemessene Kleidung“: <https://youtu.be/Wk-D6OccZa-U>

Clip „Finanzielle Notsituation“: <https://youtu.be/sLz-Cjq1NXVc>

Prozent) vorzeitig beendet. Dagegen wendet sich das Landesprogramm QuABB (Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule), das mit intensiver Beratung und Begleitung Auszubildende, Ausbilder und Berufsschulen bei der Erkennung und Lösung von Problemen unterstützt. „Je früher QuABB intervenieren kann, desto besser sind die Erfolgchancen“, sagte der Minister. „Deshalb ist es ungemein hilfreich, dass wir jetzt diese Videos haben, die für das Thema sensibilisieren und dazu ermutigen, sich rechtzeitig Hilfe zu holen.“

Um nah an der Realität zu sein, hat das soccc-Team Mitschülerinnen und Mitschüler zu ihren Erfahrungen interviewt, die QuABB-Beraterinnen an ihrer Schule befragt und Hintergründe recherchiert. Per Stimmen-Casting wurden möglichst echt klingende Sprecherinnen und Sprecher ermittelt: „Die Videos müssen authentisch werden, damit alle sich darin wiedererkennen“, erklärt Katharina Mährlen, die im Schülerteam für die Planung zuständig ist. Die Figuren und Situationen sind humorvoll überzeichnet, um dazu anzuregen, die eigene Rolle zu reflektieren und sich für andere Perspektiven zu öffnen.

Die Schülerunternehmung soccc ist Teil der zweijährigen höheren Berufsfachschule für Gestaltungs- und Medientechnik (GMTA) und hat für die Produktion der Videos einen regulären Auftrag erhalten. Dessen



Abwicklung war für die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler das Abschlussprojekt ihrer Ausbildung. Dazu zählten auch die Kalkulation des Angebots, die Präsentation und die Verhandlungen mit dem Kunden. „Wir haben unser Bestes gegeben und ich glaube, das hat sich gelohnt. Wir waren alle sehr motiviert, weil wir wussten, dass die Videos wirklich gebraucht werden“, sagt Adrian Somesan, einer der Teilnehmer.

QuABB wird in allen 26 hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten von lokalen Trägern umgesetzt. Begleitet werden die Fachleute vor Ort von der Koordinierungsstelle beim Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS GmbH) in Offenbach am Main. QuABB



wird gefördert aus Mitteln der Hessischen Landesregierung und der Europäischen Union – Europäischer Sozialfonds.

KONTAKT:
Tel.: 069 27224-721 / -722

renate-anny.boening@inbas.com / mario.wiesmann@inbas.com

48-Mrd-Lücke bei Schulsanierungen

Nach einer neuen Studie beläuft sich der Investitionsbedarf in deutschen Schulen auf fast 48 Milliarden Euro. Vor allem in größeren Kommunen gebe es Nachholbedarf, betont die staatliche Förderbank KfW. Gemessen am Vorjahr sei die Lücke besonders in Nordrhein-Westfalen und in Süddeutschland größer geworden – zum Teil aber auch, weil die Ganztagsbetreuung ausgebaut wird. Für Kindertagesstätten fehlen den Kommunen demnach weitere 7,6 Milliarden Euro. Damit macht der Bildungsbereich mit zusammen gut 55 Milliarden Euro mit 35 Prozent den größten Teil des Investitionsrückstandes der Kommunen aus.

Die Bundesregierung hat eine milliarden schwere Investitions-offensive angekündigt, vor allem im Bildungsbereich sollen über 10 Milliarden fließen.

Die Grünen (wie auch die GEW-DS) fordern eine rasche Reform der Bildungsfinanzierung. Damit alle Schülerinnen und Schüler bessere Chancen erhalten, müssen Bund und Länder die Finanzierung der Schulen und Kitas endlich als gemeinsame Aufgabe begreifen. Im Rahmen einer Grundgesetzänderung müsse sichergestellt werden, dass der Bund den Städten und Kommunen verlässlich und langfristig bei der Finanzierung von Schulen und Kitas, sowohl bei Bau als auch bei

Personal und Qualität, unter die Arme greifen kann.
DE 16.08.2018 - Auszüge

„Bildung in Deutschland“ – Bildungsbericht 2018

Der Nationale Bildungsbericht ist ein indikatoren gestützter Bericht, der das deutsche Bildungswesen als Ganzes abbildet und von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter reicht. Er erscheint alle zwei Jahre und wird von einer unabhängigen Wissenschaftlergruppe unter Leitung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erarbeitet. Der aktuelle Bildungsbericht widmet sich in seinem Schwerpunkt-kapitel dem Thema „Wirkungen und Erträge von Bildung“. Auf der Seite des Deutschen Bildungsservers sind alle wichtigen Informationen rund um den Nationalen Bildungsbericht verlinkt:

<http://www.bildungsserver.de/Bildungsbericht-2018-Schwerpunkt-Wirkungen-und-Ertraege-von-Bildung-12514-de.html>

Bildung auf einen Blick OECD-Indikatoren

2018 liegt der Schwerpunkt der Studie auf dem Thema Chancengerechtigkeit. Dabei konzentrieren sich die Analysen auf den Einfluss von Geschlecht und Bildungsstand der Eltern, Migrationshintergrund und Bildungsstandort, auf den Bildungsverlauf sowie auf Lern- und

Arbeitsmarktergebnisse.
Kostenloser Download wbv Open Access

„Ausbildung und Beruf“ neu aufgelegt

Am 24.09.2018 erschien die aktualisierte Auflage der BMBF-Broschüre „Ausbildung und Beruf – Rechte und Pflichten während der Berufsausbildung“ nach dem Stand vom 01.08.2018. Die Publikation ist ab sofort auf der BMBF-Homepage über die Titelseite abrufbar. Sie kann zudem kostenlos per E-Mail unter publikationen@bundesregierung.de bestellt werden.

Personen mit Studienberechtigung

439.846 Personen haben 2017 in Deutschland eine Studienberechtigung erworben, 35 Prozent davon in einer berufsbildenden Schule. 95.570 haben die Fachhochschulreife erlangt (zu 99% an einer BBS), immerhin 17% aller Abiturientinnen und Abiturienten die Hochschulreife an BBS. Dieser hohe Anteil der Studienberechtigten aus berufsbildenden Schulen ist - neben der dualen Ausbildung - ein klarer Beleg für den Stellenwert dieser Schulen im Bildungswesen.

Für Hessen lauten die Zahlen 33.795 Studienberechtigte, davon 38% an BBS erworben. 9.036 erlangten die Fachhochschulreife (in Hessen als Allgemeine FHR) und wie bundesweit auch 17% aller Personen mit Allgemeiner Hoch-

schulreife (Abitur) aus Beruflichen Gymnasien.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden 2018

Junges Politikverständnis

Junge Europäer_innen halten das politische System einer Umfrage zufolge zwar für reformbedürftig, stehen aber mehrheitlich zur Demokratie. Das ergibt eine Jugendstudie der TUI-Stiftung für die Länder Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Großbritannien, Polen und Griechenland. Demnach hält fast jeder zweite Befragte das politische System in seinem Land für reformbedürftig; 28 Prozent sind für radikale Veränderungen. Nur fünf Prozent der Italiener_innen und sechs Prozent der Griech_innen meinen, dass bei ihnen das politische System funktioniert. Bei jungen Deutschen ist dagegen mehr als jeder Dritte rundum zufrieden mit dem politischen System.
www.tui-stiftung.de

Kinder mit Leseproblemen

Immer mehr Kinder in Deutschland können nicht richtig lesen, wenn sie mit der Grundschule fertig sind. Von 2001 bis jetzt ist der Anteil der Viertklässler mit einer nur rudimentären Lesefähigkeit von 16,9 auf 18,9 Prozent gestiegen, wie die internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) zeigt.

www.bmbf.de/de/iglu

Europass macht Schule Unterrichtsmaterialien zum Download

Der Europass bietet Dokumente für die Bewerbung und zur

Dokumentation von Auslandspraktika. Zu den Themen Mobilität und Bewerbung stellt das Nationale Europass Center zudem kostenfreie Unterrichtsmaterialien bereit, die Anregungen für Unterrichtseinheiten geben und konkrete Übungen sowie weiterführende Links beinhalten.

Zu den Unterrichtsmaterialien

Wettbewerb „Die Gelbe Hand“

2018/19 startet!

Zum 13. Mal startet der bundesweite Jugendwettbewerb des gewerkschaftlichen Vereins „Die Gelbe Hand“. Berufsschüler_innen sowie Auszubildende sind dazu aufgerufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen und mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Die Darstellungsform ist frei.

Einsendeschluss ist der 15. Januar 2019.

Mehr Infos unter

www.gelbehand.de/wettbewerb

Kartellbußen steigen kräftig

„Dieses Jahr wegen Kartellvergehen bereits Bußgelder in einer Gesamthöhe von 272 Millionen Euro gegen 16 Unternehmen und 13 Privatpersonen verhängt. Die Summe der verhängten Strafen ist damit nach knapp acht Monaten bereits mehr als viermal Mal so hoch wie im gesamten Vorjahr. 2017 hatten die Wettbewerbsbehörden Bußgelder in einer Gesamthöhe von rund 66 Millionen Euro verhängt. Auch die Gesamtsumme des Jahres 2016, als die Behörde die Kartellsünder mit Bußgeldern in Höhe von knapp 125 Millionen Euro bestrafte, ist bereits deutlich überschritten.“

DE vom 28.08.2018

Diese Zahlen und die dahinter liegenden Vorgänge sind es allemal wert, im Powi-Unterricht bearbeitet zu werden (DS).

Ländermonitor Frühkindliche Erziehung

Der Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung bietet für jedes Jahr eine Übersicht folgender Indikatoren – differenziert nach Bundesländern: Eltern-unabhängiger Anspruch auf einen Betreuungsplatz, Regelung des Mindestumfangs, Beitragsfreiheit, Ausbauentwicklung der Betreuungsplätze U3, Betreuungsquote und Betreuungswunsch sowie gewünschter Betreuungsumfang.

Mehr unter www.laendermonitor.de

Glauben ist in, Religion out

Bei einer Befragung von Tübinger Religionsforscher_innen von mehr als 7.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen kam heraus, dass mehr als die Hälfte von ihnen an Gott glaubt. 41 Prozent nannten sich gläubig, aber nur 22 Prozent religiös.

www.jugendsozialarbeit.news/viele-jugendliche-glauben/

Ungerechte Hochschule?

Nach neuen Zahlen des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung nehmen von 100 Kindern aus Akademiker-Familien 79 ein Hochschulstudium auf; bei Kindern aus Familien ohne akademischen Hintergrund sind es nur 27.

www.studentenwerke.de

**Zusammenstellung und
Ausführungen
Dieter Staudt**

DER AKTIONSTAG PRODUKTIONSSCHULEN FAND GROSSEN ANKLANG



PS-Birgit Rosenbaum_GBS Vollbockgarage Kassel



PS-Uwe Miserius_Leverkusen



PS-Anett Zimmermann_PS_Mol-Brandenburg



PS-Birgit Rosenbaum Georg Bu_chner Schule Kassel

BUNDESVERBAND
PRODUKTIONSSCHULEN
07

Die Produktionsschulen in Deutschland hatten ihre Türen am 6. Juni 2018 geöffnet und zeigten ihre Arbeit als dritter Pfeiler des deutschen Bildungssystems. Beim bundesweiten Aktionstag nahmen mehr als 80 Produktionsschulen in ganz Deutschland teil und boten vor Ort Infos, Chancen und Hintergründe, wie Ausbilden und Lernen bei ihnen in der täglichen Praxis umgesetzt werden..

Der bundesweite Aktionstag, initiiert vom Bundesverband Produktionsschulen e.V., stellte die Arbeit der Produktionsschulen in den Mittelpunkt und gab Einblicke in ihr besonderes pädagogisches und didaktisches Konzept. Der Bundesverband startete mit dem Aktionstag seine Kampagne „Jeder verdient eine dritte Chance“.

Denn: Hauptschule, Berufsschule, Hochschule sind vertraute Begriffe, unter denen sich wohl jeder etwas vorstellen kann. Aber Produktionsschule? In der breiten Öffentlichkeit haben viele gar kein Bild, was sich dahinter verbergen könnte, oder nur ein sehr vages. Dabei sind die Produktionsschulen ein wichtiger dritter Pfeiler im deutschen Bildungssystem.

Produktionsschulen verstehen sich als alternatives Bildungsangebot, das die beiden Ausbildungswege Schule plus Studium und Duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule um einen dritten Weg ergänzt.

Auf der Webseite www.meine-dritte-chance.de sind alle teilnehmenden Produktionsschulen aufgeführt sowie der Trailer (<https://www.youtube.com/watch?v=iOS7f-OwTyY>) zur Kampagne abspielbar.

Produktionsschulen geben Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die auf den zwei klassischen Wegen gescheitert sind, eine dritte Chance ins Erwerbsleben. Damit übernehmen Produktionsschulen eine elementare gesellschaftliche Aufgabe und bilden die wichtige

dritte Stütze im deutschen Bildungssystem. Seit 2007 sind weit über hundert der in Deutschland aktiven Produktionsschulen im Bundesverband Produktionsschulen e.V. organisiert.

Im Fokus der Kampagne steht dabei die „**Dritte Chance**“, die Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Weg ins Berufsleben verdienen. All jene, die auf den beiden klassischen Wegen „Schule und Studium“ oder „Duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule“ gescheitert sind, bekommen in den Produktionsschulen eine dritte Chance zum Beruf.

Wie die Ausbildung ganz konkret aussieht, was die Schwerpunkte und Besonderheiten sind, und welche Chancen sich daraus für den Einzelnen und die Gesellschaft im Ganzen ergeben, das zeigten die Produktionsschulen während des Aktionstages in praktischen Beispielen, Gesprächen und Hintergrundinfos.

Jede Produktionsschule gestaltete ihr Programm am 6. Juni 2018 selbst. Deshalb gab es eine breite Vielfalt unterschiedlichster Angebote und Aktionen.

Die bisherigen Erfolge der deutschen Produktionsschulen sind ein Beleg für Sinn und Zweck der Produktionsschulen und ein Grund, dass sie endlich durch nachhaltige Finanzierung und Strukturierung zur festen Institution im System der (Beruflichen) Bildung und Jugendhilfe werden. Nach all den Jahren sind Produktionsschulen längst kein Modellprojekt mehr; sondern haben sich fest etabliert.

Weitere Informationen: www.bv-produktionsschulen.de



PS-Christian Behrens Flashmob Hannover



PS-Christoph Boeckheler_FR_Lernbetrieb_FFM



PS-PastedGraphic-4

Produktionsschulen in Hessen

In der Novellierung des Hess. Schulgesetzes vom Mai 2017 hat der Hess. Landtag in § 60(3) eingefügt, dass die Verlängerte Vollzeitschulpflicht (10. Schuljahr) auch in Produktionsschulen erfüllt werden kann. Damit hat er diese Bildungsalternative auch offiziell anerkannt.

Der Hess. Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) hatte schon 2015 empfohlen, dass in einer innerministeriellen Arbeitsgruppe (Kultus,- Sozial- und Wirtschaftsministerium) die Grundlagen für den Aufbau und einen gesicherten Betrieb von Produktionsschulen erarbeitet werden sollen. Diese Arbeitsgruppe legte dem LAB in seiner Sitzung am 11.09.2018 ihre äußerst dürftigen Ergebnisse vor. Produktionsschulen sollen demzufolge ausschließlich durch das Sozialministerium im Rahmen des bestehenden ESF-finanzierten Programmes QuB (Qualifizierung und Beschäftigung) gefördert werden. Das Kultusministerium (HKM) sieht für sich keinen Handlungsbedarf und keine Notwendigkeit, sich um

Produktionsschulen zu kümmern, obwohl nicht wenige Berufliche Schulen Kooperationspartner von Produktionsschulen in Freier Trägerschaft sind oder gar Produktionsschulen selbst betreiben.

In der Diskussion im LAB am 11. September zeigte sich das Kultusministerium nicht bereit, selbst irgendetwas zu unternehmen, z.B. durch Schaffung von rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen oder auch durch finanzielle Unterstützung. Es sieht anscheinend Produktionsschulen ausschließlich als Sozialeinrichtungen und nicht als Bildungseinrichtungen.

Der Landesausschuss bekräftigte in seiner Sitzung seinen Beschluss von 2015. Nach der Landtagswahl muss nun das Gespräch mit dem neuen Kultusminister/der neuen Kultusministerin gesucht werden in der Hoffnung, dass diese(r) sich dann offener für die Idee von Produktionsschulen als Bildungseinrichtungen zeigt.

Ralf Becker/Dieter Staudt

METALL- UND ELEKTRO-INDUSTRIE STARTET MIT MODERNISIERTEN BERUFEN INS NEUE AUSBILDUNGSJAHR



Mit dem Start in das neue Ausbildungsjahr zum 1. August beginnt auch

eine neue Phase der Ausbildung in der Metall- und Elektro-Industrie: Die Unternehmen bilden künftig ihren Fachkräftenachwuchs in elf modernisierten industriellen Metall- und Elektroberufen aus. In diesen Berufen werden voraussichtlich mehr als 40.000 junge Menschen in das neue Ausbildungsjahr 2018/2019 starten.

Die Sozialpartner Gesamtmetall, IG Metall, VDMA und ZVEI sowie die zuständigen Bundesministerien haben mit der Modernisierung der Berufe auf die sich dynamisch verändernden Anforderungen gerade mit Blick auf Themen wie Digitalisierung und Industrie 4.0 reagiert.

Insgesamt wurden zum 01. August 2018 ein Beruf neu geschaffen (Kaufrfrau/Kaufmann im E-Commerce) und 24 bestehende Berufe modernisiert.

Folgende Berufe wurden modernisiert:

- ☛ Anlagenmechaniker/in
- ☛ Elektroniker/in für Automatisierungstechnik
- ☛ Elektroniker/in für Betriebstechnik
- ☛ Elektroniker/in für Gebäude und Infrastruktursysteme
- ☛ Elektroniker/in für Geräte und Systeme

- ☛ Elektroniker/in für Informations- und Systemtechnik
- ☛ Industriemechaniker/in
- ☛ Konstruktionsmechaniker/in
- ☛ Mechatroniker/in
- ☛ Werkzeugmechaniker/in
- ☛ Zerspanungsmechaniker/in

In diese Berufe wurden neue gemeinsame Inhalte aufgenommen. Dazu gehören unter anderem die Themen Datensicherheit und -analyse, informationstechnologische Auftragsabwicklung und Terminverfolgung, Recherche in Clouds und Netzen sowie der Umgang mit digitalen Lernmedien und mit Assistenz-, Diagnose- oder Visualisierungssystemen.

Neue Zusatzqualifikationen für bereits laufende Ausbildungen

Darüber hinaus haben die Sozialpartner und die Berufsbildungsexperten sieben neue Zusatzqualifikationen entwickelt, die von den Betrieben bei Bedarf genutzt werden können. Dabei geht es um Bereiche wie Systemintegration, digitale Vernetzung, additive Fertigung, Prozessintegration, IT-gestützte Anlagenänderung, Programmierung und IT-Sicherheit. Für die Vermittlung dieser optionalen Zusatzqualifikationen sind jeweils acht Wochen vorgesehen. Besonders interessant: Diese Zusatzqualifikationen können auch Auszubildenden angeboten werden, die sich jetzt bereits im zweiten oder dritten Ausbildungsjahr befinden.

Alle wichtigen Dokumente zu den modernisierten Berufen:

<https://wap.igmetall.de/17656.htm>

Wap-igm 01.08.2018

Stellenanzeigen für Azubis Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt?

Dem Umfrageinstitut Innofact zufolge liegt das nicht nur an der Ausbildungsqualität, sondern auch daran, dass Stellenanzeigen mies formuliert sind. Unter 1.000 befragten Jugendlichen gab nur rund ein Drittel an, dass sie die letzte Stellenanzeige, die sie gesehen hatten, glaubwürdig fanden. 36 Prozent meinten, dass sie unverständlich formuliert war. Lust auf eine Bewerbung hatten nach dem Lesen der Stellenanzeige nur noch 28 Prozent. Und fast die Hälfte der Befragten hat sogar schon mal eine Bewerbung abgebrochen, weil die Stellenanzeige falsche Angaben enthielt.

Für Ausbildungssuchende seien die wichtigsten Informationen jene über den Arbeitsort (54 Prozent), Entwicklungsmöglichkeiten nach der Ausbildung (52 Prozent) und Gehalt (51 Prozent). Während der Arbeitsort fast immer angegeben werde, sind Informationen zu Ausbildungsgehalt und Entwicklungsmöglichkeiten nur manchmal bis gar nicht in Stellenanzeigen zu finden. Auch zur Übernahme hätten die Jugendlichen gerne mehr Infos.

Aus: soli aktuell 01/2018 – Näheres unter www.talenthero.de/allgemein/unternehmen

DGB: AUSBILDUNG FAIR VERGÜTEN!

Frankfurt, 30.08.2018

Anlässlich der Veröffentlichung der Arbeits- und Ausbildungs-marktdaten für den Monat August in Hessen fordert der DGB Hessen-Thüringen mehr Qualität in der Ausbildung – unter anderem durch eine Mindestausbildungvergütung.

„Die Ausbildungsvergütungen reichen oftmals nicht aus. In Anbetracht steigender Mieten, gerade in den Ballungszentren, können sich die meisten Auszubildende weder ein Zimmer noch eine Wohnung leisten“, so Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen.

Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Verankerung einer Mindestausbildungvergütung im Berufsbildungsgesetz müsse zügig umgesetzt werden.

„Tarifliche Ausbildungsvergütungen haben aus Gewerkschaftsicht zwar immer Vorrang, aber dort, wo keine Tarifverträge greifen, weil sich die Arbeitgeber vor der Verantwortung drücken, muss eine gesetzliche Mindestausbildungvergütung ein Mindestmaß an Absicherung schaffen. Eine Vergütung von 635 Euro im ersten Ausbildungsjahr, die bis ins vierte Ausbildungsjahr auf mindestens 796 Euro ansteigt, wäre hierbei ein wesentlicher Schritt zu mehr Sicherheit für die Auszubildenden“, so Rudolph.

Eine gesetzliche Mindestausbildungvergütung trage dazu bei, das duale Ausbildungssystem für junge Menschen attraktiver zu machen. „Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Fachkräfteengpässe in einzelnen Branchen müssen sich die Arbeitgeber um jeden einzelnen Jugendlichen bemühen. Dazu

gehört eben auch eine Ausbildungsvergütung.“

Hintergrund:

Die Mindestausbildungvergütung (MiAV) soll zum 1. Januar 2019 im Berufsbildungsgesetz (BBiG) verankert werden. Die Einführung einer MiAV sieht auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vor. Das BBiG, bzw. analog zu den Handwerksberufen die Handwerksordnung (HwO), ist die gesetzliche Grundlage für die allermeisten Ausbildungsberufe in Deutschland. Die Zahlung einer „angemessenen Ausbildungsvergütung“ ist in Unterabschnitt 4, §§ 17-19 geregelt. Die bisherige Formulierung „angemessen“ lässt dabei jedoch zu viel Spielraum. Zwar gelten Ausbildungsvergütungen, die 20 Prozent unterhalb der branchenbezogenen ortsüblichen Tarifverträge liegen, als sittenwidrig. Allzu häufig existiert aber kein Tarifvertrag, mit der die Ausbildungsvergütung verglichen werden könnte. Die Folge sind teils miserable Aus-

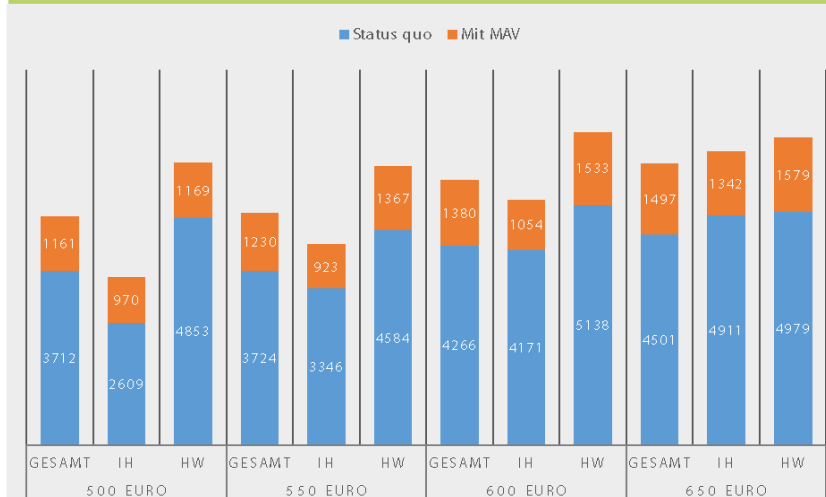
bildungsvergütungen, die oftmals noch von allgemein schlechten Ausbildungsbedingungen begleitet werden. Angehende Verkäuferinnen und Verkäufer im Lebensmittelhandwerk erhalten im 1. Ausbildungsjahr in Westdeutschland 528 Euro, bei Friseurinnen und Frisuren sind es 500 Euro, bei Tischlerinnen und Tischlern in Westdeutschland 573 Euro.

Ersten Schätzungen zufolge würden bundesweit ca. 162.000 Jugendliche von der Einführung einer MiAV auf dem Niveau profitieren.

Für mehr Informationen: s. DGB-Ausbildungsreport 2017. <http://www.dgb.de/presse/++co++bde418c2-8d84-11e7-ac05-525400e5a74a>

Zum Thema gibt es auch den BIBB-Report 4/2018 „Die Mindestausbildungvergütung aus betrieblicher Perspektive“. Auch die Hans-Böckler-Stiftung bietet zu den Ausbildungsvergütungen einen Online-Service an: www.boeckler.de/wsi-tarifarchiv_2272.htm

Abbildung 2: Nettokosten der Ausbildung ohne und mit Berücksichtigung der MAV in Euro (nur von der MAV betroffene Betriebe)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der BIBB-CBS 2012/13

IH = Ausbildungsbereich Industrie und Handel; HW = Ausbildungsbereich Handwerk

So kurz vor der Landtagswahl wurden keine bedeutenden oder konfliktträchtigen Änderungen im Ministerium angegangen.

Im Einstellungsverfahren in den Vorbereitungsdienst zum 01.11.2018 konnten alle Bewerbungen für das Lehramt Berufliche Schulen berücksichtigt werden. Es wurden jedoch nicht alle Plätze besetzt, sodass noch bis November nachträglich eingestellt wird. Fast die Hälfte der eingestellten LiV sind Quereinsteiger_innen. Aufgrund der stetig fallenden Zahl der Bewerbungen und LiV-Einstellungen ist selbst in einem Berufsfeld wie Wirtschaft mit noch nennbaren Zahlen an LiV ein Lehrkräftemangel festzustellen.

Bei der Erörterung des Weiterbildungskurses für das Unterrichtsfach Ethik regte der HPRL an, dass auch at. Fachlehrende daran teilnehmen können. Das Ministerium lehnte dies ab mit dem Hinweis, dass dies nach Lehrerbildungsgesetz in dieser Maßnahme nicht möglich sei. Es will aber prüfen, die Maßnahme zukünftig so zu gestalten, dass at.-FL daran teilnehmen können.

Die Problematik der pünktlichen Auszahlung des Gehalts und der Ausgabe des Jobtickets an LiV und neu eingestellte Kolleg_innen zum Dienstbeginn wurde dem HKM näher gebracht. Es gelobte Besserung.

Schon seit Jahrzehnten fordert der HPRL die Einrichtung von eMail-Adressen für alle Schul-

personalräte. Das ständige Bohren zeigt Wirkung. Das HKM scheint die Einrichtung jetzt ernsthaft prüfen zu wollen.

Die neue **EU-Datenschutz-Grundverordnung**, die seit Mai in Kraft ist, sorgt in der Öffentlichkeit für eine intensivere Wahrnehmung des Themas Datenschutz. Der HPRL hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Nach mehreren Erörterungen kam das Kultusministerium in Gang. So wurden im Ministerium neue Stellen geschaffen und kürzlich auch besetzt, um Schulen in Fragen des Datenschutzes zu beraten. Als ersten Schritt plant das Ministerium Fragen zur Thematik zu sammeln, diese juristisch zu prüfen und zu beantworten. Die Fragen mit juristisch fundierten Antworten sollen dann für alle zugänglich im Internet abrufbar sein.

Aus Schulen wurde berichtet, dass Schulleitungen versuchten Stunden, die zum Beispiel wegen Klassenfahrten nicht gehalten werden mussten, über das Jahr zu **bilanzieren**. Sie begründeten dies gegenüber den Personalräten mit der gültigen Arbeitszeitverordnung des Landes. Für Lehrkräfte gilt jedoch die **Pflichtstundenverordnung**. Eine Bilanzierung ist somit in der Regel nur innerhalb einer Woche möglich. Dies bedeutet, dass, wenn Unterricht nicht gehalten werden muss, weil die Klasse auf Klassenfahrt ist, die Lehrkraft in dieser Woche im Umfang der ausgefallenen Stunden für Vertretungsunterricht zur Verfügung stehen muss. Der HPRL sprach dies gegenüber dem HKM an. Das HKM stimmte dem HPRL grund-

sätzlich zu und will dies klären.

Am 19. September 2018 ging das HKM mit folgendem Titel an die Presse: Das neue „Schulportal Hessen“ startet. Weder der HPRL noch die Schulen hatten bisher davon gehört geschweige denn etwas davon bemerkt. Ende September stellte das Ministerium dem HPRL seine Überlegungen vor. Umgesetzt ist davon noch nicht viel. Das Ganze ist wohl unter der Rubrik Wahlkampf abzuspeichern.

In der Stellenzuweisung von Ende September sind jetzt die Unterrichtsstunden für die Umsetzung des **Modellversuchs zum zweiten vollen Berufsschultag** an den Projektschulen eingerechnet. Bisher gab es nur Stunden für Curricula-Entwicklung. Die genaue Verteilung und die Berechnungsgrundlagen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor und werden nach den Herbstferien mit dem HPRL erörtert.

Für die Beschulung von Abgängern aus **InteA** oder aus Intensivklassen der allgemeinbildenden Schulen in die **Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung** wurden im Sommer Stellen für 700 Personen über 18 zugewiesen. Jetzt soll es auch möglich sein, dass dieser Personenkreis die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) und die weiteren mehrjährigen Bildungsgänge der Beruflichen Schulen besuchen kann. Eine Stellenzuweisung mit entsprechendem Umsetzungserlass ging Ende September an die staatlichen Schulämter.

Ralf Becker

Den Berichts Antrag der SPD (DS 19/6179) zum Mangel an Lehrkräften an beruflichen Schulen in Hessen beantwortete der Hess. Kultusminister am 18. Mai 2018 in einem Bericht an den Kulturpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtags 19/59. Neben den Fragen zum Lehrermangel gab es auch eine Frage zur Weiterbildung. Die Beantwortung dieser Frage wird nachstehend dokumentiert.

III. WEITERBILDUNG

Frage 14. Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung von Lehrkräften an beruflichen Schulen gibt es vor dem Hintergrund der Digitalisierung und kommender Neuordnungen der Ausbildungsberufe im dualen System?

Bildung mit digitalen Medien ist eines der prioritären Themen des Fortbildungs- und Beratungsangebots des Landes für Lehrkräfte aller Schulformen. Die hessische Lehrkräfteakademie entwickelt dafür Rahmenkonzepte und stellt zentrale Angebote zur Verfügung. Dazu zählen insbesondere kontinuierliche Fortbildungsmaßnahmen zum didaktischen Einsatz von Lernplattformen, zum Arbeiten mit sogenannten ePortfolios, zur Qualifizierung von Jugendmedienschutzberatern und IT-Beauftragten sowie zur individuellen Förderung mit Hilfe digitaler Medien. Über die Staatlichen Schulämter werden ergänzend bedarfsgerechte Fortbildungs- und Beratungsangebote vor Ort zur Verfügung gestellt, insbesondere zur Schulentwicklung mit digitalen Medien und zur Implementierung von schulischen Medienbildungskonzepten. Ebenso bieten die kommunalen Medienzentren regionale Fortbildungsangebote an, insbesondere zum technischen Einsatz von digitalen Medien im Unterricht, und beraten beim Einsatz audiovisueller Unterrichtsmedien und pädagogischer Software. Zusätzlich stehen über die finanziell geförderten Kooperationen mit dem Hessischen Rundfunk und der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien Fortbildungs- und Projektangebote etwa zum Umgang mit sozialen Netzwerken, Film-, Video- und Onlineprojekte zur Verfügung.

Im beruflichen Bereich stellt sich die Herausforderung, dass die Veränderungen in der Arbeitswelt für den Unterricht aufgegriffen sowie ad-

ressaten- und zeitgerecht aufbereitet werden müssen. Die unterrichtenden Lehrkräfte müssen diesbezüglich befähigt werden, diesen Wandel und die damit verbundenen Veränderungen in den Prozessen nachvollziehen und für den Unterricht bedarfsgerecht aufbereiten zu können.

Vor diesem Hintergrund wurde im vergangenen Jahr das **Projekt „Digitalisierung in der beruflichen Bildung“** durch das Hessische Kultusministerium initiiert. Gegenwärtig wird durch eine Expertengruppe unter wissenschaftlicher Begleitung eine **Fortbildungsreihe** für Lehrkräfte konzipiert, die folgende Zielsetzungen verfolgt:

- Lehrende erhalten Hilfestellungen, wie sie über Selbststudium und Fortbildung den Anschluss an die sich verändernden Rahmenbedingungen des Arbeitsprozesses halten können.
- Die Lehrenden werden befähigt, den Auszubildenden die Anforderungen einer veränderten, vernetzten Arbeitswelt zu vermitteln. Neue Lerninhalte finden stetig Eingang in den Unterricht.
- Lehrende sollen ihre Kompetenz zur Unterrichtsgestaltung weiterentwickeln, indem sie beispielsweise verstärkt digitale Medien einbeziehen oder Methoden anwenden, die Lernende zum lebenslangen Lernen befähigen. In der Methodenfrage gilt nicht das Ausschließlichkeitsprinzip. Inhalts- und situationsbezogen werden methodische Entscheidungen getroffen.

Diese Fortbildungsreihe soll zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 in einer **Pilotphase** in den Berufsfeldern Elektrotechnik, Metalltechnik und Informationstechnik erprobt und anschließend evaluiert werden. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotphase soll diese Fortbildungsreihe auch auf andere Berufsfelder übertragen werden.

Zudem werden besonders für den hochinnovativen technischen Sektor in Hessen durch die Hessische Landesstelle für Technologiefortbildung (HLfT) weitere **spezielle Fortbildungsangebote** vorgehalten. Die jeweiligen Fortbildungsbedarfe werden bei den Schulen ermittelt und in der Regel zusammen mit externen Partnern aus der Wirtschaft abgedeckt. Somit richten sich die Fortbildungsinhalte an den aktuellen Anforderungen der Unternehmen aus.

Auf die angekündigte Fortbildungsreihe mit anschließender Pilotphase kann man hinsichtlich des Umfangs und der Qualität wirklich gespannt sein.

Wieder einmal aber gibt es keinen Hinweis auf notwendige Fortbildungen in den allgemein bildenden Fächern. Die gibt es für das HKM - zumindest was den Fortbildungsbereich angeht - anscheinend nicht mehr. Der komplette 14-seitige Bericht kann bei der Redaktion angefordert werden. (DS)

THEATER IN DER SCHULE – SCHULE IM THEATER

Kooperationsprojekte im Berufsschulzentrum Nord in Darmstadt

Theater in der Berufsschule – das ist noch keine Selbstverständlichkeit – das steht und fällt mit engagierten Lehrkräften und unterstützenden Kooperationen mit Theatern.

Im Berufsschulzentrum Nord können Schülerinnen und Schüler in der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule bereits seit 13 Jahren im Beruflichen Gymnasium selbst Theater spielen.

Vorstellungen im Theater zu besuchen, hat schon lange Tradition, doch ein durchgängiges Angebot im Wahlpflichtbereich selbst zu spielen, ist hinzugekommen.

Seit ungefähr acht Jahren bringen Kooperationen mit außerschulischen Partnern zusätzlichen Schwung und eine größere Akzeptanz in die Theaterarbeit: Durch diese Kooperationen (TUSCH mit OFF – Theatern wie Theaterlabor und Theatermachern/ kunstvoll mit TheaterGrueneSosse) kommen auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Schulformen und Jahrgangsstufen in den Genuss, theaternmäßig kreativ zu werden.

Im Schuljahr 2013/ 2014 gibt es in der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule das erste Kooperationsprojekt mit dem TheaterGrueneSosse Frankfurt, gefördert durch den Kulturfonds Frankfurt RheinMain. Zum Thema ‚Heimat‘ wird gemeinsam ein Stück entwickelt, zu Mythen um das Erwachsenwerden und den Aufbruch in die Fremde.

In den folgenden Jahren wird die Zusammenarbeit mit dem

TheaterGrueneSosse sukzessive auf den gesamten, aus drei Schulen bestehenden, Komplex des Berufsschulzentrums Nord ausgeweitet. Es entstehen weitere Produktionen: 2015/2016 ein peppiges Stück zum Thema ‚Zeit‘ mit dem Titel ‚Vergänglich, aber schmeckt‘; 2016/2017 schließt sich die Martin-Beheim-Schule der Kooperation an.



Der Balkon 2017

Spannend wird die Zusammenarbeit, weil jetzt nicht nur Schülerinnen und Schüler aus dem beruflichen Gymnasium Zugang zum Theaterspielen bekommen, sondern auch aus der Fachoberschule und aus InteA – Klassen. Das Stück ‚Der Balkon‘ entsteht, in dem es drunter und drüber geht: von Tinder bis Brecht.

Die Stücke werden in der Schule aufgeführt, aber auch im TheaterGrueneSosse in Frankfurt und auf den Schultheatertagen in Darmstadt. Sich zusätzlich außerhalb der Schule auf der Bühne zu präsentieren, ist eine besondere Erfahrung für die

Schülerinnen und Schüler

Pädagogisch zielen die Projekte insbesondere auf Steigerung der Fähigkeit kritischer Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und soziale bzw. Teamfähigkeit. Diese Ziele sollen nicht für sich, sondern als Effekt einer ernsthaften Arbeit an Gegenstand und Form erreicht werden.

Übergeordnetes Ziel ist der Ausbau und das Etablieren eines künstlerisch-theatralen Raums an Schulen, die sich aufgrund ihrer beruflichen Ausrichtung ansonsten eher auf Sachzwänge und pragmatische, direkt funktionale Ausbildung konzentrieren.

Das letzte geförderte Projekt 2017/ 2018 zwischen Martin – Beheim – Schule, Heinrich – Emanuel – Merck – Schule, Friedrich – List – Schule (auch Berufsschulzentrum Nord, locker assoziiert) und TheaterGrueneSosse heißt ‚Vom Biegen und vom Brechen‘. Darin halten die Spielerinnen und Spieler ihrer Berufsschule den Spiegel vor, indem sie künstlerisch die eigene Bildungserfahrung reflektieren.

Diese aktuelle Stückentwicklung soll hier stellvertretend für die Arbeit mit den Schülern genommen werden, in der hoher künstlerischer Anspruch und persönlicher Ausdruck zusammenkommen.

Sommer 2017. Kunstvoll (Kulturfonds Rhein-Main) hat Mittel für ein weiteres Theaterprojekt zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, mit einer heterogenen Gruppe ein in sich geschlossenes, publikumsorientier-

tes Stück zum Thema Bildung und Schule zu produzieren. Es soll seine Qualität aus einem direkten Bezug zur Lebensrealität der Schüler und Schülerinnen einerseits, und einer Arbeit an bestehenden theatralen Formen andererseits, ziehen. Aus dem Repertoire moderner Theaterformen (etwa Erzähltheater, dokumentarisches Theater, Collage), soll ein Format entwickelt werden, das dem kommunikativen Anliegen der Gruppe und ihren Fähigkeiten am nächsten liegt.

Das Projekt wird offen an den Schulen beworben und es findet sich an drei unverbindlichen Treffen eine Gruppe freiwilliger Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie besteht etwa zur Hälfte aus angehenden Abiturienten der 13. Klassenstufe, sowie aus InteA-Schülern (MBS), Fachoberschülern (MBS) und 12.-Klässlern des beruflichen Gymnasiums, was dem Ziel, verschiedene Bildungsbiographien und soziale Hintergründe zusammenzubringen, weitgehend entspricht.

In den ersten, am Wochenende stattfindenden, Proben, wird das Thema intensiv diskutiert und in schnellen Szenenskizzen fixiert: z.B. als improvisierter Entwurf einer ‚perfekten Schule‘, als im Raum ausagierter Streit zwischen denjenigen, die sich Zwang und Disziplin, und denen, die sich unterstützende Begleitung durch ihre Lehrer und Lehrerinnen wünschen usw. Die Meinungen gehen zwischen den Beteiligten weit auseinander. So wird beim Bauen der perfekten Schule zuerst eine Bibliothek gebaut, und dann nach und nach geschlossen und schließlich abgerissen und durch eine Shisha-Bar ersetzt. Solche Dynamiken werden weder kaschiert noch lediglich ausgehalten, sondern direkt und gleichberechtigt diskutiert. Bemerkenswert ist, dass gerade diejenigen Schüler mit den schlechteren Bildungsaus-

sichten sich ein humanistisches und weniger zweckrationales Bildungsangebot wünschen als die angehenden Abiturienten, die die Frage ‚Wozu das ganze Lernen?‘ in den Vordergrund stellen.

Parallel findet eine Materialsammlung statt, die Musikauswahl für das Stück wird eingegrenzt, es werden Choreographien erarbei-

nonchalantes Zuspätkommen usw).

Das Ergebnis, das an einem Wochenende im Februar fixiert und in der darauffolgenden Woche aufgeführt wird, ist eine freche, aber ernste Performance mit freien Rollenwechseln, direkter Spielerhaltung und verschiedensten spielerischen Materialien.



Heimat 2014

tet und in kurzen Schreibübungen Textimpulse gesammelt (Etwa: zu welchem Tier wird man in der Schule gemacht? Und wie verhält sich dieses Tier in der Wildnis?), so dass nach einem Probenwochenende im November ein umfangreicher Materialpool entstanden ist und die Form des Stücks entwickelt werden kann.

Die Gruppe verständigt sich darauf, eine szenische Collage aus fünf inhaltlich verknüpften Sequenzen auf die Bühne zu bringen. Die Rezeptur lautet in etwa: Hunde, Trotz und Goethes Faust und bloß nicht zu brav. Die einzelnen Sequenzen werden durch Videocollagen getrennt, die teils gestelltes, teils im echten Schulunterricht gefilmtes, widerspenstiges Schülerverhalten zeigten (Abschreiben, Schlafen,

Das Stück beginnt mit einer locker-freien Begrüßung der Zuschauer und einer Erklärung des Anliegens, und wechselt dann zu einer Spielszene mit absurd überzeichneten Sequenzen aus dem Schulalltag -- ‚Herr Mayer sagt, wir sind wie Hunde!‘ - ‚Waff?‘. Über eine rätselhafte Schulverweigererfigur, die an Herman Melvilles ‚Bartleby‘ angelehnt ist, und eine viel zu lange Auflistung von Kompetenzen, die laut hessischem Lehrplan der Theaterunterricht fördern soll, geht es schließlich, in der letzten Sequenz ‚Faust machen!‘, zum Metatheater: Eine Klasse probt Goethes Faust und fragt sich dabei, wozu man ‚das Zeug von einem 200 Jahre toten Typen‘ auswendig lernen soll. Aber das alles, also die fingierte Probe selbst, gelingt nie richtig, da die Spieler und Spielerinnen immer

wieder den eigenen Text vergessen, das heißt: auch den Text, mit dem sie eigentlich protestieren sollen. Schließlich kommt die Lehrerin auf die Bühne (Christiane Kuhlmann) und muss für Ordnung sorgen.

Trotz der Vielfalt an Material und den vielen verschiedenen Spielregistern, die bedient werden, macht die Collage einen geschlossenen Eindruck. Einerseits durch die klare Struktur, andererseits, weil die

betont, dass ihnen ein – durchaus nicht nur freundlicher – theatraler Spiegel vorgehalten worden sei.

Kritisch ist festzustellen: Die Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit des Erscheinens zu den Proben, sowie das erbrachte Engagement von Schülerinnen und Schülern waren teilweise äußerst dürftig. Offensichtlich ist es in diesen Fällen nicht gelungen, eine Mitverantwortung aller Beteiligten zu erzeugen.

Nicht nur politisch, nicht nur im Kollegium, sondern auch gegenüber der Schülerschaft sind wir herausgefordert, den Wert ästhetischer Bildung wahrnehmbar zu machen.

Ein weiter gefördertes Projekt mit den gleichen Projektpartnern findet 2018/2019 statt, Thema: ‚Wir haben leider keinen Bösewicht gefunden‘.



Vom Biegen und Brechen 2018

Spieler und Spielerinnen sich das Stück und das Anliegen schlussendlich spürbar zu Eigen machen.

Die drei Vorstellungen an den Schulen sind bestens besucht. Das Stück spricht sich herum. Am letzten Tag müssen zwei komplette Klassen zurückgeschickt werden, da ‚auf Biegen und Brechen‘ kein weiterer Platz freigemacht werden kann. Insgesamt sehen ca. 400 Zuschauer die Performance.

Die Rückmeldungen sind äußerst positiv – von den Mitschülern und Mitschülerinnen, über die Lehrer und Lehrerinnen, bis zur Schulleitung. Insbesondere wird, durch Erwachsene wie Jugendliche,

Unbenommen möglicher Fehler in der Gruppenführung steht bei den Abiturienten des beruflichen Gymnasiums der Abschluss im Vordergrund, nicht die Perfektion des eigenen Kunstprodukts.

Im Kontext einer auf wettbewerbsfähig ausgerichteten Berufs- und Ausbildungswelt ist eine solche Haltung nachvollziehbar. Versteht sich Bildung aber unter dem Ideal eines mündigen und mehrdimensionalen Menschen, besteht das Problem genau darin: Dem rationalisierten schulischen Lernen ein Raum der eigenen Sinnigkeit in der Kunst beizustellen, indem die Formen der eigenen Umwelt selbst befragt werden können.

Ossian Hain
(TheaterGrueneSosse),

Christiane Kuhlmann (Heinrich-Emanuel-Merck-Schule)

Informationen zu Theater und Darstellendes Spiel an Schulen erhalten Sie unter Kulturelle Bildung am Staatlichen Schulamt für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt bei Ruth Kockelmann, E-Mail:

Ruth.Kockelmann@kultus.hessen.de

ANHÖRUNG IM LANDTAG ZU INTEA

Am 19. September hatten die Landtagsfraktionen von SPD und FDP zu einer Anhörung in den hessischen Landtag geladen. Thema: Das InteA-Programm zur Beschulung und Bildungsintegration von Flüchtlingen. Anwesend waren Schulleitungsmitglieder von beruflichen Schulen aus Frankfurt, Süd- und Mittelhessen, dazu einige Lehrkräfte, Sozialpädagogen und Vertreter von Trägern.

„Anhörende“ Politiker waren Wolfgang Greulich von der FDP, Christoph Degen und Gerhard Merz, beide SPD.

Hier stichwortartig einige Kritikpunkte und Forderungen, die von den Teilnehmern geäußert wurden.

1. Die Vorinformationen über die Bildungs- und persönlichen Biografien der Schülerinnen und Schüler sind meist spärlich. Die Klassen werden laufend ganzjährig aufgefüllt das „bringt Klassen durcheinander“ und macht kontinuierliche Lernprozesse schwierig.
2. Die Lerngruppen sind zu heterogen, oft werden Analphabeten ohne nennenswerte Schulkarriere (Alphas) mit solchen aus Ländern mit funktionierender Schulbildung querbeet gemischt. Gerade die „Alphas“ benötigen erst einmal einen intensiven Vorlauf in kleinen Gruppen, um schulisch sozialisiert und sprachlich grundgebildet zu werden.
3. Generell sind die Klassen zu groß (bis über 20 Schüler_innen), eine Teilung ist oft nicht möglich, weil Lehrkräfte fehlen.
4. Neben intensiver Deutschförderung besteht ein - in den vorhandenen Stunden nicht abzudeckender - hoher Bedarf an Demokratie lernen, politischer und historischer Bildung, in Mathematik und den Naturwissenschaften.
5. Die Abschlussprüfung DSD 1 Pro ist ungeeignet, vor allem als Qualifikation für die Ausbildung, da diese Prüfung in Betrieben weitgehend unbekannt sei. An vielen Schulen schafft die Mehrzahl der Schüler_innen (ca. 70%) diese Prüfung nicht. Externe Hauptschulprüfungen sind schwieriger als die internen und somit für durchaus begabte InteA-Schüler_innen zu schwierig.
6. Da es bei Geflüchteten und Zuwander_innen durchaus auch Schüler_innen mit guter schulischer Vorbildung und hoher Lernmotivation gibt wurde bedauert, dass Intensivklassen an gymnasialen Oberstufen nicht erlaubt sind. Diese würden dort sicher weiter kommen als in einer InteA-Klasse, wo maximal ein Hauptschulabschluss erreicht werden kann.
7. Der Einstieg in eine Ausbildung oder ein Arbeitsverhältnis nach InteA funktioniert sehr oft nicht. Damit die Schüler_innen besser darauf vorbereitet werden, sind Pflichtpraktika dringend erforderlich. Die Betreuung solcher Praktika muss geklärt sein. Außerdem sollte auch eine Verlängerung der Beschulung in InteA möglich sein.
8. Der Karriereweg nach InteA ist weitgehend unbekannt, es fehlt eine dringend notwendige intensive Nachbetreuung.
9. Die sozialpädagogische Betreuung ist unzureichend: 0,2 Sozialpädagoge_innen pro InteA-Klasse sind zu wenig, ein Soz.Päd muss deshalb bis zu 90 Schüler_innen betreuen, was de facto unmöglich ist. Deshalb wird ein deutlich niedriger Betreuungsschlüssel benötigt.
10. Mit dem Stichwort „Bildungskannibalismus“ wurde die Abwerbung von Sozialpädagogen_innen für die unterrichtsbegleitende Unterstützung (UBUS) an allgemeinbildenden Schulen beklagt. Grund: Sie haben dort erheblich bessere Verträge als Landesbedienstete und eine unbefristete Anstellung.
11. Eine weitere Forderung: Die Zuweisung von Geld wie einstmals bei EIBE (50 € pro Kopf) für Unternehmungen, z.B. Museumsbesuche, die für eine umfassendere Bildung genutzt werden können.

Abschließend bleibt zu erwähnen, dass InteA durchaus auch Erfolge aufzuweisen hat, die vor allem dem Engagement der Kolleg_innen sowie der Schulleitungen zu verdanken sind, weniger den guten Bedingungen bezüglich der personellen, inhaltlichen und sächlichen Ausstattung dieses Programms.

Christoph Baumann, Referat Schule und Bildung der GEW Hessen

neue Publikationen

Wolfgang Sander

Bildung

Ein kulturelles Erbe für die Weltgesellschaft

„Bildung“ ist heute in aller Munde, Bildung scheint allgegenwärtig zu sein – aber dieser Eindruck täuscht. Hinter dem Begriffsnebel verbirgt sich eine große Leere, denn es kann keine Rede davon sein, dass es in der Öffentlichkeit einen Konsens darüber gibt, was denn diese „Bildung“ inhaltlich bedeuten soll. Woran soll sie sich zeigen und was soll es bedeuten, `gebildet` zu sein.

In diesem Buch geht es um die Frage, was Bildung heute bedeuten und wie diese pädagogische Leitidee heute begründet werden kann. Der besondere Fokus liegt dabei auf einer *weltgesellschaftlichen* Perspektive und damit auf dem Aspekt, wie sich Bildung in Zeiten der *Globalisierung* bestimmen lässt.

ISBN 978-3-7344-0625-6



Heiner Barz

Reformpädagogik

Innovative Impulse und kritische Aspekte

Methodische Innovation, Gestaltung des Schullebens, Möglichkeiten für soziale und kulturelle Erfahrungen oder die Förderung individueller Potenziale markieren fruchtbare Impulse der Reformpädagogik.

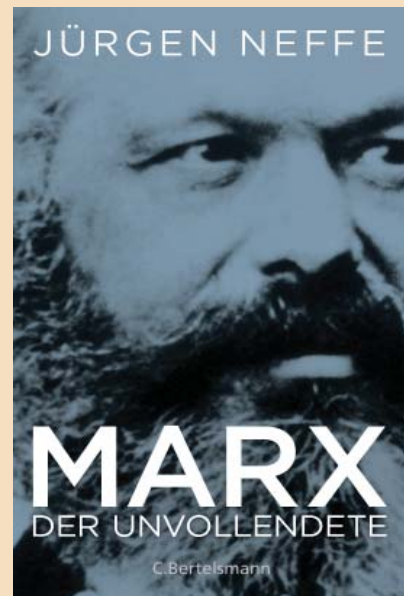


Dieses Buch führt in die zentralen Ideen der Reformpädagogik ein, fragt darüber hinaus aber auch nach den heutigen Formen und Chancen reformpädagogischer Konzepte. Dabei werden die Entstehungsbedingungen, die anthropologischen und die weltanschaulichen Grundlagen ebenso dargestellt wie neuere Konzepte – z.B. Reggio-Pädagogik, iPAD-Klassen, Sudbury-Schulen und interkulturelle Waldorfschulen. Auch die Vorreiterrolle der Montessori-Schulen in Blick auf Inklusion kommt zur Sprache.

ISBN 978-3-407-25737-6

Jürgen Neffe

Marx - Der Unvollendete



Karl Marx, revolutionärer Querkopf und Vordenker des 19. Jahrhunderts, feiert ein bemerkenswertes Comeback. Zu seinem 200. Geburtstag erkundet Jürgen Neffe das Leben und Werk eines Flüchtlings und geduldeten Staatenlosen. Mit seiner Analyse des Kapitalismus als entfesselt System sagte Marx die globalisierte Welt unserer Tage bis hin zur Finanzkrise voraus.

Jürgen Neffe zeichnet die Entwicklung der Marxschen Gedankenwelt von Entfremdung und Ausbeutung in den Frühschriften bis zur ausgereiften Krisentheorie im *Kapital* nach, erklärt seine ökonomischen Theorien in verständlicher Form und konfrontiert sie mit der Realität des krisengeschüttelten Kapitalismus. Sein Fazit: Marx ist nicht tot, er ist aktueller denn je.

ISBN 978-3-570-10273-2

STATEMENT ZU DEN HOCHSCHULTAGEN

– ein Nachtrag

Nachfolgend Überlegungen zu Sichtweisen von Prof. Dr. Michael Heister und Prof. Dr. Klaus Jenewein, die deutlich machen sollen, wie sich Veränderungen in der beruflichen Bildung im Kontext der Hochschultage darstellen.

Aus BIBB-Sicht sind die Hochschultage als Forum für die Berufsbildungsforschung in Deutschland unverzichtbar. Insbesondere auch jungen Forscherinnen und Forschern wird in den Workshops die Möglichkeit gegeben, ihre Ergebnisse zu präsentieren. Wichtig ist gleichermaßen, dass es bei den Hochschultagen zu einem gegenseitigen Austausch von Forscherinnen und Forschern, Lehrerinnen und Lehrern sowie betrieblichen Praktikerinnen und Praktikern kommt.

Die zentrale Frage lautet nach wie vor, wohin bewegt sich die berufliche Bildung der Zukunft?

Die Digitalisierung geht einher mit einer zunehmenden Wissensbasiierung in den Ausbildungsberufen. Den beruflichen Schulen und den überbetrieblichen Ausbildungszentren kommt damit eine immer zentralere Rolle zu. Gleichzeitig wird der Bereich der Weiterbildung immer wichtiger. Zudem gibt es in den nächsten Jahren die Aufgabe der Inklusion (junger) geflüchteter Menschen, die von ihren Herkunftsländern her vollzeitschulische Ausbildungen eindeutig gegenüber dualen Ausbildungen bevorzugen. Am prägendsten ist aber der Trend zur Akademisierung, auf den es bisher keine wirklichen Antworten der beruflichen Bildung gibt. Prof. Dr. Jennewein von der Uni-

versität Magdeburg und Kolleginnen und Kollegen von Universitäten in den neuen Bundesländern stellen besorgniserregende Entwicklungen



Prof. Dr. Jenewein und Prof. Dr. Heister

der letzten Jahre in Ostdeutschland fest. So befindet sich die Ausbildungsnachfrage seit einigen Jahren auf einem erschreckend niedrigen Niveau. Kleine und mittlere Betriebe stehen daher vor kaum lösbaren Rekrutierungsproblemen. Gleichzeitig gelingt aber nicht allen interessierten Jugendlichen ein erfolgreicher Abschluss ihrer Ausbildungsplatzsuche.

Es entsteht die absurde Situation, dass es einerseits viel zu wenige Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz gibt, es andererseits aber nicht gelingt, wenigstens dieses Potential auszuschöpfen. Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Assistierte Ausbildung und Stärkung der Attraktivität der dualen Ausbildung sind Stichworte, deren Umsetzung zumindest eine gewisse Verbesserung der Situation am Ausbildungsmarkt in Ostdeutschland erreichen könnte.

Aber es ist nicht nur die Situation in Ostdeutschland, auf die Prof. Jenewein

und seine Kolleginnen und Kollegen hinweisen. Sie sehen ähnliche Verwerfungen auch auf den westdeutschen Ausbildungsmarkt zukommen und vertreten die Meinung, dass sich dieses düstere Szenario auch durch positive Effekte in den Bereichen Inklusion und Migration nicht wirklich aufhellt.

Die zuletzt angesprochene These ist allerdings nicht ganz unumstritten. Zum einen gibt es über die Effekte von Migration noch keine halbwegs gesicherten Erkenntnisse. Zum anderen sollten für die Zukunft die Effekte zunehmender Tendenzen hin zur Wirtschaft 4.0 nicht unterschätzt werden. Gemeint sind hier eine möglicherweise geringere Arbeitskräftenachfrage und eine weiter zunehmende Akademisierung. Auch angeregte Gespräche entwickeln sich auf den Hochschultagen – wie auf dem Foto zwischen Ralf Becker und Dan Löwenbein.

Es bleibt spannend; die nächsten Hochschultage im März 2019 werden die angesprochenen Themen und Herausforderungen mit Sicherheit aufnehmen und sich darum bemühen, Lösungsansätze anzubieten.

Aaron Löwenbein



In der Diskussion Ralf Becker und Dan Löwenbein

BÜA - EVALUATION NACH DEM ERSTEN JAHR

Der auf 4 Jahre angelegte Modellversuch BÜA (Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung) läuft nun seit über einem Jahr an rund einem Viertel der beruflichen Schulen in Hessen. In der neuen, integrativen Form BÜA sind die bisherigen Schulformen BzB, BFS zum mittleren Abschluss und einjährige HBFS zusammengefasst. Die TU Darmstadt (TUD) als wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs BÜA und die Lehrkräfteakademie (LA), die für die Evaluation des Modellversuchs BÜA zuständig ist, haben die Ergebnisse ihrer Befragungen nach einem Jahr BÜA vorgelegt.

Befragungen

Die Befragung der TUD soll die Arbeit der wissenschaftlichen Begleitung optimieren. Die LA nannte als Evaluationsziel die Überprüfung der angestrebten Vermittlungsquote, Vermittlungsbedingungen zu identifizieren und festzustellen, was beim Übergang in den Regelbetrieb neu festzulegen ist.

Die TUD und die LA führten Online-Befragungen der Lehrkräfte und der Schüler_innen durch. Bei

%. Die Fragen von TUD und LA ähnelten sich stark. Zusätzlich interviewte die LA noch die Abteilungsleitungen.

Motivation der Schüler_innen

Die Hauptmotivation der Schüler_innen zum Besuch von BÜA ist nach beiden Befragungen das Streben nach einem mittleren Bildungsabschluss. Der Wunsch nach einem Ausbildungsplatz steht weit dahinter.

Gruppengröße und Stellenzuweisung

Am wichtigsten für die Abteilungsleitungen sind verlässliche Vorgaben des HKM. So begrüßten sie die Gruppengröße. Kritisiert wurde die Stellenzuweisung, bei der die geplante Stundentafel nicht vollständig zugewiesen wird. Ein weiterer Kritikpunkt war die fehlende Zuweisung für sozialpädagogische Unterstützung. Diese wird für den Profilgruppenunterricht und zur Begleitung der Betriebspraktika als wichtige Voraussetzung genannt.

Kurssystem/Niveaustufen in den allgemeinbildenden Fächern

Die Lehrkräfte und die Abteilungsleitungen sehen den Unterricht in den allgemeinbildenden Fächern im Kurssystem bzw. nach Niveaustufen kritisch. Die Begründungen liegen hier beim hohen organisatorischen Aufwand und in der Tatsache, dass die Lerngruppen hierdurch ständig auseinander dividiert werden müssen und die Schüler_innen sich in der Schule ‚verirren‘. Hierzu müsste die Evaluation den zusätzlichen Aufwand ermitteln und die möglichen Entlastungen erfragen.

Kompetenzraster

Nach Aussage der Lehrkräfte wirken die überfachlichen Kompetenzraster kaum positiv auf das Verhalten der Schüler_innen. Auch die Schüler_innen bezweifeln eine große Wirkung dieser Raster auf ihr privates Verhalten. Hinzu kommt, dass Lehrkräfte den Arbeitsaufwand als unangemessen betrachten.

Etwas abgeschwächt wird seitens der Lehrkräfte auch der Zusammenhang zwischen Wirkung und Aufwand bei den fachlichen Kompetenzrastern kritisiert. Die Schüler_innen bevorzugen eindeutig die Bewertung nach Noten.

In der Diskussion hielt die wissenschaftliche Begleitung ein Plädoyer für die Raster, da damit die Ziffernoten ersetzt würden und die Leistungsbewertung transparenter werde. Ob dies wirklich so ist und ob dies auch von Lehrkräften und Schüler_innen am Ende so gesehen wird, wird die weitere Entwicklung des Schulversuchs zeigen. Die Evaluation muss dann aber auch feststellen, welcher zusätzliche Aufwand damit verbunden ist und wie die Entlastungen aussehen müssen.

Profilgruppen und sozialpädagogische Unterstützung

Der Profilgruppenunterricht wird von Schüler_innen, Lehrkräften und Schulleitungen als positiv wahrgenommen. Damit dieser besser wirken kann, wird eine Doppelbesetzung sozialpädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte gefordert. Schulleitungen und Lehrkräfte fordern eine zusätzliche Zuweisung von Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung. Der Verweis auf die 0,25 Soz-Päd-Stellen pro berufliche



den Lehrkräften nahmen 38,6 % teil, bei den Schüler_innen über 60

Schule ist in Anbetracht der Bedarfe ein Witz.

Zufriedenheit und Belastung der Lehrkräfte

Insgesamt wurde eine positive Haltung der Lehrkräfte zu BÜA festgestellt. In beiden Befragungen erklärten die Lehrkräfte, dass die Wertschätzung der Schulleitung für die Arbeit in BÜA ihre Zufriedenheit hebt. Positiv werden der Austausch und die enge Zusammenarbeit mit Kolleg_innen wahrgenommen. Es wird aber auch bemerkt, dass diese und andere Anforderungen zusätzliche Belastungen mit sich bringen. Hier wird es Aufgabe der Evaluation sein, die zusätzlichen Belastungen festzustellen und herauszufinden, welche Ursachen sie haben und ob diese temporär oder auf Dauer sind.

Kritik an Unterstützung

Die Evaluation der LA befragte Lehrkräfte und Schulleitungen nach deren Einschätzung zur Unterstützung durch die wissenschaftliche Begleitung und durch das Ministerium. Nur 8,6 % der befragten Lehrkräfte bewerteten die Unterstützung durch das HKM mit gut oder sehr gut. Bei der wissenschaftlichen Begleitung waren es 14,5 %. Auch die interviewten Abteilungsleitungen kritisierten die Unterstützung durch HKM und wissenschaftliche Begleitung am häufigsten. Eine vernichtende Rückmeldung, die auch bei den Akteuren angekommen scheint. So plant die wissenschaftliche Begleitung nach den Herbstferien einen Workshop mit Vertreter_innen der Schulen. Das HKM sammelt Anregungen aus den Schulen, um diese mit der „Hausspitze“ in naher Zukunft zu diskutieren.

Die Lehrkräfte und die Schulleitungen kritisierten die Unterstüt-

zung der Netzwerkkoordinator_innen A12. Dies mag daran liegen, dass viele Stellen erst seit kurzem besetzt wurden und andere noch im Besetzungsverfahren stecken.

Die von der wissenschaftlichen Begleitung organisierten Workshops wurden von den Lehrkräften unterschiedlich bewertet. Workshops zum Profilgruppenunterricht wurden eher positiv bewertet, zum beruflichen Lernbereich eher neutral und zu allgemeinbildenden Fächern eher negativ. Hier ist abzuwarten, wie die wissenschaftliche Begleitung darauf reagiert.

Übergänge nach der Stufe I

Das Ministerium hat als Ziel von BÜA formuliert, dass nach dem ersten Jahr (Stufe I) 2/3 in Ausbildung wechseln und 1/3 in die Stufe II. Schon bei der im Vorläuferversuch „Gestufte BFS“ wurde dies bei weitem nicht erreicht (Übergang in Ausbildung: SJ 2013/2014: ca. 15%; SJ 2014/2015: ca. 21%; SJ 2015/2016: ca. 22%; SJ 2016/2017: ca. 22%)¹ Aber auch in BÜA ist man weit von einer solchen Übergangsquote entfernt.

Es liegen bisher nur Zahlen zu Wiederholern der Stufe I und zur Versetzung in Stufe II vor. Hessenweit wiederholen mehr als 10% der Schüler_innen die Stufe I und rund 38% werden in Stufe II versetzt. Bei den Wiederholern schwanken die Zahlen je nach Schule von 5% bis fast 30% und bei den Versetzungen in Stufe II von 5% bis 75%.

Da nach der Stufe I also noch 48% im Schulversuch sind könnte man davon ausgehen, dass die Übrigen in Ausbildung mündeten. Dem ist aber nicht so. Zahlen liegen

¹ S. 15 https://www.td.tu-darmstadt.de/media/arbeitsbereich_tenberg/buea/Abschlussbericht_gestufte_BFS_Endfassung.pdf

hierzu noch nicht vor. Es dürften nach Schätzung des Ministeriums und der Schulen maximal ein Viertel der Schüler_innen nach Stufe I in Ausbildung gehen mit starken Schwankungen (10-40%) zwischen den Schulen. Der Rest geht verloren!!!

Konsequenzen

Die wissenschaftliche Begleitung will ihre Unterstützungsangebote überarbeiten. Der für BÜA zuständige Referent im HKM arbeitet auf Grundlage der Evaluation und der Rückmeldungen aus den Schulen an einem Konzept für den Minister zu Konsequenzen aus einem Jahr BÜA. Dabei will er auch die Zuweisung und die sozialpädagogische Unterstützung ansprechen.

Fazit

Die von der GEW bereits im Vorfeld des Modellversuchs benannten kritischen Punkte wurden durch die Evaluation bestätigt. Inwieweit diese Kritik ausgeräumt werden kann, wird der weitere Verlauf zeigen. Übergangszahlen und Abschlusszahlen reichen alleine nicht aus, um den Modellversuch zu bewerten. Die Evaluation muss auch die Belastungssituation des Personals in den Blick nehmen und Entlastungsmöglichkeiten benennen. Es ist zu begrüßen, dass wissenschaftliche Begleitung und HKM sich Gedanken über die Rückmeldungen machen wollen. Ob diese dann zu einer Verbesserung der Bedingungen führen, bleibt abzuwarten.

Ob eine neue Landesregierung den Modellversuch bei den Übergangszahlen weiterführt, könnte auch noch fraglich werden. Dann wird es darum gehen, die positiven Aspekte in den einzelnen Schulen zu erhalten.

Ralf Becker

PISA-CHEF SCHLEICHER FORDERT ENTLASTUNG FÜR LEHRER

– und warnt vor Seiteneinsteigern in Brennpunktschulen

14. Juni 2018

Eine neue PISA-Sonderauswertung nimmt die Lehrer in den Blick, „the most important resource in today’s schools“ – die wichtigste Ressource in heutigen Schulen –, wie es in dem Bericht heißt. Und weiter: „Better teachers are crucial to improving the education that schools provide.“ („Bessere Lehrer sind entscheidend, um die Bildung zu verbessern, die Schulen anbieten.“) Doch was macht Lehrer „besser“? In der internationalen Studie zeichnen sich klare Kriterien ab. Was die für Deutschland bedeuten, hat PISA-Koordinator Andreas Schleicher [in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“](#) erklärt. Eins vorab: Der Seiteneinstieg mit berufsbegleitender Ausbildung im Schnellverfahren wird Probleme bereiten, so lässt die Untersuchung erkennen.

Insgesamt 18 Staaten haben die PISA-Forscher für die Studie „Effective Teacher Policies“ begutachtet. Jedes Land setzt auf ein eigenes System bei Auswahl und Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie bei der Evaluation ihrer Arbeit. Trotzdem ergibt sich ein klares Bild. Vor allem drei Faktoren beeinflussen die Lehrerleistungen besonders stark, so heißt es:

1. Angehende Lehrkräfte brauchen verpflichtend eine Praxisphase vor dem eigentlichen Start in den Beruf, in der sie zwar unter realen Bedingungen arbeiten sollen, dabei aber professionell begleitet werden. Besonders gut umgesetzt wird das aus Sicht Schleichers in Finnland, „wo der überwiegende Teil der Lehrerausbildung in Schulen stattfindet – durch gute Mentoren, die Lehrkräfte in

dieser Ausbildung mitnehmen. Und diese Erfahrungen sind sehr wichtig, um auch gerade den theoretischen Teil sinnvoll zu gestalten“, wie er im Interview erklärt. Allerdings ist aus der Studie herauszulesen, dass dieses Kriterium auch durch das Referendariat in Deutschland gut abgedeckt ist.

2. Während der gesamten Laufbahn benötigen Lehrkräfte Fortbildungen, so stellen die Forscher fest, und zwar nicht nur durch qualitativ hochwertige externe Seminare, sondern auch durch gemeinsame interne Workshops an den Schulen. Hieran hapert es offenbar in Deutschland – Lehrkräfte [klagen über praxisferne Fortbildungen](#) sowie fehlende Möglichkeiten, sich im Team weiterzubilden.
3. Drittes Kriterium, das die Wissenschaftler ausmachen, ist ein systematisches Feedback für Lehrerinnen und Lehrer – dabei hat Deutschland wohl das größte Manko zu verzeichnen: Nach wie vor bleiben Lehrer hierzulande mit ihrer Arbeit im Klassenraum weitgehend allein.

Fazit: Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sind die Voraussetzungen für gute Schülerleistungen – und das gilt umso mehr, je schwieriger die zu unterrichtende Schülerklientel ist.

Die Mehrzahl der Staaten an Schulen setzt deshalb in sozialen Brennpunkten auf kleinere Klassen und besonders gut ausgebildete Lehrer. Rund ein Drittel der untersuchten Länder beachtet das allerdings

nicht. Dort werden an den problematischeren Schulstandorten Lehrer mit niedrigerer Qualifikation eingesetzt – ein schwerer Fehler, meinen die PISA-Forscher.

Am Rande der Belastungsfähigkeit

Und den begeht auch Deutschland gerade, wie Schleicher im Interview erläutert. Zwar gelinge es inzwischen, mehr Lehrer an sogenannten Problemschulen zu beschäftigen und damit einzelnen Schülern eine bessere Betreuung zukommen zu lassen, immerhin. Aufgrund des Lehrermangels ergibt sich aber an Brennpunktschulen zunehmend die Situation, dass – um freiwerdende Stellen dort überhaupt noch besetzen zu können – immer mehr Seiteneinsteiger in die ohnehin stark belasteten Kollegien gelangen. Schleicher: „Das heißt, die Schulen mit den größten Herausforderungen haben in der Regel die Lehrkräfte, die weniger Erfahrung haben oder auch einen geringeren Grad der Ausbildung. Also da muss Deutschland noch sehr viel mehr tun, um sicherzustellen, dass die schwierigsten Schulen auch am attraktivsten sind für die besten Lehrer.“

Ohnehin: Schleicher sieht die deutschen Lehrer am Rande ihrer Belastungsfähigkeit. Er schlägt vor, die Zahl der von jeder Lehrkraft zu unterrichtenden Pflichtstunden zu senken. Dann hätten die Pädagogen eher Zeit, ihren Unterricht vor- und nachzuarbeiten – und mehr Freiraum, sich weiter zu qualifizieren und im Team auszutauschen. [bibo / Agentur für Bildungsjournalismus](#)



Zusätzliche Förderrunde der Qualitätsoffensive Lehrerbildung beschlossen

64 MILLIONEN EURO FÜR DIGITALISIERUNG UND LEHRAMTSAUSBILDUNG FÜR BERUFLICHE SCHULEN

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat den Startschuss für eine zusätzliche Förderung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung in Höhe von 64 Millionen Euro gegeben. Förderschwerpunkte sind die Digitalisierung und die Lehramtsausbildung für berufliche Schulen. Diese Entscheidung von Bund und Ländern fußt auf den Ergebnissen einer programmbegleitenden Zwischenevaluierung der Qualitätsoffensive Lehrerbildung. Die Förderung erfolgt aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Die GWK-Vorsitzende, Bundesbildungsministerin Anja Karliczek, hob hervor: „Wir brauchen in Deutschland gut ausgebildete Lehrkräfte, die ihr Wissen überzeugend vermitteln. Das ist der Anspruch der Qualitätsoffensive Lehrerbildung. Nach der erfolgreichen Zwischenevaluierung starten wir nun eine weitere Runde. Ich will, dass wir jungen Menschen die Chance geben, sich intensiv mit der Digitalisierung in all ihren Facetten zu befassen. Dabei sollen sie von gut qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern unterstützt werden. Besonders die beruflichen Schulen liegen mir am Herzen. Daher wollen wir die Lehramtsausbildung für berufliche Schulen zu einem Schwerpunkt machen. Das ist ein weiterer Schritt, um die Gleichwertigkeit von beruf-

licher und akademischer Bildung in Deutschland voranzubringen.“

Die stellvertretende Vorsitzende der GWK, die Bremer Wissenschaftssenatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, sagt: „Die Hochschulen haben in den letzten Jahren viel getan, um die Lehrerbildung weiterzuentwickeln und ihre Anstrengungen zeigen Erfolge. Wir freuen uns, mit der zusätzlichen Förderrunde einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung und auf das Lehramt an beruflichen Schulen legen zu können, das sind zwei wichtige Handlungsfelder der Lehrerbildung unserer Hochschulen. Das Thema ‚Digitalisierung‘ ist dabei eine Querschnittsaufgabe und zielt etwa auf Bereiche wie E-Learning, Medienkompetenz von Lehrenden und Lernenden oder die Entwicklung neuer Lehr- und Lernprozesse. Wir sind froh, dass wir die Hochschulen mit der ‚Qualitätsoffensive Lehrerbildung‘ bei den Herausforderungen in der Lehrkräfteausbildung unterstützen können.“

Bund und Länder haben 2013 die Qualitätsoffensive Lehrerbildung als gemeinsames Bund-Länder-Programm für zehn Jahre beschlossen. Seit 2015 werden Projekte in diesem Rahmen gefördert. Ziel der Offensive sind unter anderem ein besserer Praxisbezug, professionelle Beratungsangebote, eine engere Verzahnung von

Studium, Referendariat bzw. Vorbereitungsdienst und Weiterbildung. Das BMBF stellt dafür ein Förder volumen von bis zu 500 Millionen Euro bereit. Bund und Länder haben 2013 zudem beschlossen, das Programm spätestens im Jahr 2018 auf der Grundlage einer Zwischenbegutachtung von geförderten Projekten und einem Zwischenbericht der Evaluierung zu überprüfen sowie über die weitere Ausgestaltung der verbleibenden Programmlaufzeit zu entscheiden. Der Zwischenbericht dieser Evaluierung stellt bereits jetzt vielfache Fortschritte fest, etwa in Hinsicht auf tragfähige Kooperationsstrukturen der Ausbildungsphasen, den Aufbau von Gremien an den Hochschulen oder die Theorie-Praxis-Verzahnung in der Lehre. Gleichzeitig hat der Zwischenbericht noch Handlungsbedarf insbesondere im Bereich der Digitalisierung und der Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen angemerkt.

9. Juni 2018-PM 05/2018

Weitere Informationen zum Bund- Länder- Programm zur Förderung der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ sowie den Zwischenbericht der Evaluation der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ finden sie unter www.gwk-bonn.de

FRAGE DES ABG. YÜKSEL (SPD-FRAKTION IM LANDTAG):

„Sind Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst berechtigt, Klassenleitungen zu übernehmen?“

Antwort der Landesregierung:

Herr Abg. Yüksel, gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 der Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter sowie sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Lehrkräfte sogar verpflichtet, das Amt einer Klassenlehrerin oder eines Klassenlehrers zu übernehmen. Dies gilt ausweislich § 13 dieser Dienstordnung auch für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Von daher sind Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst ab dem Moment, in dem sie eigenverantwortlich Unterricht erteilen, d. h. ab dem ersten Hauptsemester – das ergibt sich aus § 43 Abs. 3 Ziffer 2 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Lehrbildungsgesetz –, berechtigt, eine Klassenleitung zu übernehmen.

Dieser Regelung steht allerdings § 41 Abs. 3 der genannten Durchführungsverordnung gegenüber, wonach während der pädagogischen Ausbildung für

Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst Ausbildungsbelange Vorrang haben. Vor dem Hintergrund der nicht zu unterschätzenden Verpflichtungen, denen eine Klassenlehrerin bzw. ein Klassenlehrer unterliegt und die sich aus § 9 Abs. 1 und 2 der Dienstordnung ergeben – dazu gehören beispielsweise die Beratung von Schülerinnen und Schülern sowie von Eltern, die Führung des Klassenbuchs, die Verantwortlichkeit für Zeugnisse usw. –, erscheint die Übernahme einer Klassenleitung durch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst mit den Zielen des pädagogischen Vorbereitungsdienstes nur schwer in Einklang zu bringen. Deshalb wird das immer eine absolute Ausnahme bleiben und richtet sich letzten Endes nach den Umständen des Einzelfalls.“

Kommentar: manchmal hat auch das Kultusministerium eine vernünftige Haltung. (DS)

DIE GESCHICHTE VOM LÖWENZAHN

Die Geschichte vom Löwenzahn ist ein Beispiel für die hilfreiche Änderung einer erfolglosen Problemlösungsstrategie sowie die Akzeptanz und Annahme einer Situation als Konfliktlösung. Solche Situationen gibt es an Schulen zuhauf. Insofern kann man/frau daraus vielleicht etwas lernen. (DS)

Es gab einmal einen Mann, der sich ein neues Haus kaufte. Er hegte den Wunsch, einen besonders gepflegten Rasen zu haben.

Er las viele Gartenbücher und folgte deren Rat. Sein größtes Problem war, dass Löwenzahn immer wieder da wuchs, wo er ihn nicht haben wollte. Anfangs zupfte er ihn einfach heraus, aber er kam immer wieder. In der Gärtnerei kaufte er einen Unkrautvernichter und probierte es damit. Der Erfolg war sehr kurzfristig. Den ganzen Sommer arbeitete er hart, um den Löwenzahn loszuwerden. Er glaubte, wenn er bis zum Winter den Rasen stets frei von Löwenzahn hielte, wäre das Problem gelöst. Umso enttäuscht war er, als er im Frühling überall Löwenzahn entdeckte. Er überlegte, dass es mit der Grassorte zu tun haben könnte,



so grub er seinen Garten um und pflanzte neu.

Für eine Zeit hatte er damit Erfolg und fühlte sich glücklich. Er fing gerade damit an, sich zu entspannen, als wieder ein Löwenzahn hervorspross. Ein Freund meinte, es läge am zahlreichen Löwenzahn im Nachbargarten. Also setzte er seine ganze Energie dafür ein, seinen Nachbarn zu überzeugen, er müsse ebenfalls seinen Löwenzahn vernichten. Im dritten Jahre war der Hausbesitzer erschöpft, hatte aber immer noch den Löwenzahn.

Es gab eine letzte Hoffnung.

Er schrieb einen Brief an das Landwirtschaftsministerium und bat um Rat. Nach Monaten kam eine Antwort. Er riss den Brief ungeduldig auf und las: „Sehr geehrter Hausbesitzer, wir haben Ihr Problem reichlich überlegt und den Rat aller Experten hinzugezogen. Wir glauben, Sie jetzt gut beraten zu können.“

**Unsere Empfehlung ist:
Lernen Sie, den Löwenzahn zu lieben.**

Zum Schuljahresbeginn sollte endlich ein Pilotprojekt zur Ausstattung der Frankfurter Schulen mit WLAN starten. Daraus wurde nichts, da die CDU dies boykottiert. Ein Protestbrief der Schulleiter_innen der Frankfurter Berufsbildenden Schulen hat für ein breites Presseecho gesorgt. Der *insider* dokumentiert im Folgenden diesen Brief. Brief und Presseartikel dazu können bei r.becker.gew@gmx.de angefordert werden.

FRANKFURTER SCHULEN OHNE WLAN

*An den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Römer Herrn Michael zu Löwenstein,
Ffm 27. August 2018*

WLAN an den beruflichen Schulen der Stadt Frankfurt am Main

Sehr geehrter Herr zu Löwenstein,

die beruflichen Schulen als Lernort des bewährten Systems der dualen Berufsausbildung in Deutschland sind für die Erfüllung ihres Bildungsauftrages auf eine zeitgemäße Sachausstattung angewiesen. Diese ermöglicht es den Schulen, die dringend benötigten Fachkräfte orientiert am aktuellen Stand der Technik zu unterrichten.

Deshalb haben die beruflichen Schulen die geplante Durchführung des Pilotprojekts „WLAN an Schulen“ sehr begrüßt und haben große Erwartungen daran geknüpft, denn die Einbeziehung der mit WLAN verbundenen technischen Möglichkeiten in den Unterricht der beruflichen Schulen kann dabei helfen, den bereits entstandenen technologischen Rückstand der beruflichen Schulen in Frankfurt zu verringern. Schon jetzt können sie in vielen Lernsituationen wichtige Aspekte zentraler Geschäfts- und Arbeitsprozesse nicht so inhaltsgültig präsentieren, wie dies notwendig wäre. WLAN gehört schließlich seit fast zehn Jahren zum selbstverständlichen Standard zeitgemäßer Arbeitsumgebung in vielen Ausbildungsberufen.

Deswegen haben wir mit sehr großer Verärgerung und Enttäuschung davon Kenntnis genommen, dass auf Betreiben Ihrer Fraktion, der CDU im Römer, dieser Pilotversuch angehalten worden ist.

Der ohnehin beträchtliche Schaden wird noch dadurch vergrößert, dass einige unserer Schulen, die in diesem Jahr zum zyklischen Geräteaustausch ihrer DV-Anlagen anstanden, ihre Beschaffungsplanungen auf die Annahme gestützt hatten, an dem Pilotprojekt teilzunehmen. Da dies sich einstweilen zerschlägt, haben diese Schulen nun bei ihren Beschaffungsvorhaben Geräte bestellt, die nur Sinn ergeben hätten, wenn WLAN vorhanden wäre. Der kurzfristig eingetretene Entfall dieser Voraussetzung zwingt nun zu einer ebenso kurzfristigen Änderung der Beschaffung, wodurch sich weitere wichtige Prozesse verzögert haben, die zu einem ordnungsgemäßen Schuljahresbeginn Anfang August hätten abgeschlossen sein müssen: Rollout des neuen Gerätebestands und dessen „Betankung“ mit der notwendigen Software. Zahlreiche Unterrichtsstunden des berufsbezogenen Unterrichts, die eine funktionierende IT-Arbeitsumgebung voraussetzen, konnten in den ersten Wochen dieses Schuljahres an einigen beruflichen Schulen nicht oder nur mit schwer erträglichen Einschränkungen stattfinden.

Ausgehend von der Planung, dass in 2018 14 Pilotschulen mit WLAN ausgerüstet werden und in den folgenden fünf (!) Jahren jährlich ca. 35

weitere Schulen folgen werden, waren wir davon ausgegangen, dass in spätestens 5 Jahren alle Schulen über WLAN verfügen. Schon das wäre für die Schulen, die am Ende dieser Planung stehen, eine Katastrophe. Wenn nun die erste Pilotphase – und damit alle weiteren Umsetzungsintervalle – verschoben werden, landen unsere Schulen in den kommenden Jahren noch mehr im technischen Abseits.

Die Entscheidung Ihrer Fraktion, kurzfristig den Pilotversuch WLAN an Schulen auszusetzen bzw. zu verschieben, hat somit der beruflichen Bildung in Frankfurt am Main schweren Schaden zugefügt.

Weil wir weder Ihnen persönlich noch der Fraktion der CDU im Römer unterstellen möchten, dass diese Wirkung von Ihnen beabsichtigt war, appellieren wir an Sie, den Weg für die Umsetzung des Pilotprojekts WLAN an Schulen schnellstens freizumachen.

Wir erwarten, dass die hierfür in 2018 zur Verfügung gestellten Mittel der Stadt im kommenden Jahr zusätzlich zu den für 2019 geplanten Mitteln für WLAN zur Verfügung stehen und die beruflichen Schulen möglichst schnell vollständig in den Ausstattungsprozess mit WLAN einbezogen werden.

gez. Tilmann Stoodt

*Leiter der Werner-von-Siemens-Schule
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft*

Herbert Storn, pensionierter Berufsschullehrer und in der GEW Hessen seit über 40 Jahren in verschiedenen Funktionen aktiv, hat jüngst das Buch „Mit Demokratie Ernst machen – Für eine radikale ökonomische Aufklärung“ veröffentlicht. Der Insider führte mit ihm nachfolgendes Interview.

INSIDER-INTERVIEW ZUM BUCH

Herbert, was hat dich dazu bewogen, dieses Buch zu schreiben?

Als jemand, der sich mit ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen nicht abfinden kann und für solidarische Lösungen eintritt und der dies organisiert in einer Gewerkschaft, Partei oder Initiative tut, ist man gezwungen, Analysen und Vorschläge zu verschriftlichen, wenn man andere zum Mitmachen gewinnen will. Und wenn man auch noch seit Schülerzeiten Lust auf die Arbeit in einer Redaktion (damals Schülerzeitung, dann Gewerkschaftszeitung) hat, und das Formulieren nicht schwer fällt, fallen mit der Zeit eine ganze Menge an Texten und Gedanken an. Und weil diese oft prognostischen Texte und Gedanken sich im Nachhinein in ihrer Bedeutung erst so richtig zeigen, lag es nahe, sie auch in Buchform zusammenzufassen und damit auch Erfahrungen weiterzugeben. Dazu bin ich schließlich auch Lehrer geworden, nämlich Jugendliche und junge Erwachsene nicht nur beim Wissenserwerb zu unterstützen, sondern auch Erfahrungen zu teilen.

Ist das ein Lehrbuch? Oder ein Lehrerbuch? An wen richtet sich das Buch?

Ein Lehrbuch ist es sicher nicht, auch wenn einige meiner Unterrichtsmaterialien aufgeführt sind. Ein Lehrerbuch ist es insofern, als es für den Unterricht in Politik und Politik-affinen Fächern zahlreiche

Aspekte, Tipps, Hinweise und Erfahrungen bereithält, nicht zuletzt im Anhang. Viele dieser Hinweise gelten aber nicht nur für die Schule oder die außerschulische Bildung, sondern gehen darüber hinaus.

Diese Hinweise und Erfahrungen können auch all den Personen nützen, die sich über einseitige Politikversatzstücke ärgern, die gerne etwas tun würden, damit es in der Gesellschaft demokratischer und solidarischer zugeht; oder die mit gewissen Widersprüchen unserer Gesellschaft nicht zurechtkommen oder daraus nicht schlau werden.

Geht es auch konkreter?

Ja, ein Beispiel: Als vor einem Jahr der sogenannte „Dieselskandal“ das Licht der Öffentlichkeit erblickte, konnte ich in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau kommentieren, dass bereits die Sprache irreführend ist und (bewusst oder unbewusst) auch so eingesetzt wird.

Das illegale Verhalten der deutschen Autounternehmen beispielsweise wird so zur Ausnahme, zur Abweichung von der Norm erklärt. Tatsächlich gehört die Kombination von legalem und illegalem Handeln aber zum Strukturverhalten von Konzernen. Damit sollen gesetzliche Regelungen dauerhaft umgangen werden, um eine hohe Profitrate für die Unternehmen zu gewährleisten. Strategie und Ergebnis waren über lange Zeit erfolgreich. Die

Gewinne von VW, Daimler und BMW für 2016 werden auf rund 30 Milliarden Euro beziffert.

Eine solche Unternehmensstrategie ist nur möglich, wenn sie auf Zustimmung vonseiten der herrschenden Politik rechnen kann. Und das kann sie. Denn vorherrschende Politik ist es ja, alles dafür zu tun, damit die Unternehmen des „Standorts Deutschland“ ihre Vorherrschaft auf dem Weltmarkt nicht verlieren. Dazu habe ich in dem Kapitel „Deutschlands Exportüberschussmodell: Der aggressive Champion erzeugt viele Verlierer“ Ausführungen gemacht.

Inwieweit ist das Buch für den Unterricht verwendbar?

Es zeigt an Beispielen, dass auch komplizierte ökonomische Zusammenhänge didaktisch verständlich „auf den Punkt“ gebracht werden können. Es appelliert daran, die viel zu knappe Zeit für politische Aufklärung möglichst sinnvoll zu nutzen. Und weil Aufklärung ohne Aktion nur eine halbierte ist, sollte - wenn irgend möglich - der Bezug zu entsprechenden Bewegungen hergestellt werden. Ich habe das an Beispielen meiner Unterrichtstätigkeit aufgezeigt. Dabei war natürlich mein politisches Engagement sehr nützlich. Das muss nicht immer eine große Aktion sein, wie schon das Foto am Ende der Einleitung zeigt: „Protestunterricht auf dem Gehweg vor der Schule 1993 wegen

unzumutbarer Luftbedingungen in der Schule“.

Gibt es Schwerpunktthemen und wenn ja, welche sind das?

Es gibt inhaltliche Schwerpunkte und methodisch-didaktische Hinweise, die mir wichtig sind. Schwerpunkte sind einmal die Auseinandersetzung mit der realen Gestalt der Demokratie, die ich als „abgemagert bis aufs Gerippe“ bezeichnet habe, und zum andern das „deutsche Wirtschaftsmodell“, zu dem ich bereits im Zusammenhang mit dem Dieselabgasbetrug Ausführungen gemacht habe. Beides hängt natürlich zusammen, was schlaglichthaft 2010 in dem Rücktritt des Bundespräsidenten und 2011 in der Auseinandersetzung um die „marktkonforme Demokratie“ aufblitzte. (Merkel: „Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“)

Ein weiterer Schwerpunkt hängt mit meiner Beschäftigung in der Gewerkschaft mit Fragen der „Ökonomisierung der Bildung“ und der Privatisierung öffentlicher Güter zusammen, die wir in unterschiedlichster Intensität in die öffentliche Debatte einbringen konnten – von Veranstaltungsreihen über Kampagnen (gegen die Verankerung eines Kreditaufnahmeverbots in die hessische Verfassung 2011) bis zu Bürgerbegehren (gegen das „Cross-Border-Leasing“ der Frankfurter U-Bahn 2003).

Hier kommt auch der Handlungsaspekt zum Tragen: „Zentrale Fakten mit hoher Aussagekraft und Prägnanz und zentrale Strukturmuster, wie sie in kritischen öffentlichen Kampagnen regelmäßig entwickelt werden, gehören zum Repertoire einer erfolgreichen Überwindung der Kenntnislücken in der politischen Auseinandersetzung und müssen zudem ausreichend wiederholt werden. Für den Unterricht bieten sie eine Fülle von „Andockmöglichkeiten“, so das Fazit in meinem Buch.

Entscheidend ist für mich „eine

ten stellt: America first! (Trump) Und: *Deutsche* Wirtschaftsförderung an erster Stelle! (AfD)

Diese tausendfach wiederholte Behauptung „Geht es deutschen (oder amerikanischen) Unternehmen gut, so geht es auch dem deutschen (oder amerikanischen) Arbeitnehmer gut“ ist anscheinend so wirkmächtig, dass es alle Rationalität und Empirie hinwegfegt. Armuts- und Reichtumsberichte, soziale Forderungen, Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem, Gewerkschaftsargumente können damit ins Abseits befördert werden.

Das kann aber nur funktionieren, wenn man es mit ökonomischen Analphabeten zu tun hat. Wer also Demokratie auf die Beine stellen will, wer für eine solidarische Gesellschaft eintritt, der braucht ein ökonomisches Fundament und keinen Aberglauben!

Eine radikale ökonomische Aufklärung ist überfällig. Wird sie nicht geleistet und kommt sie nicht bei den Leuten an, verlieren wir nicht nur in der Wirtschaftspolitik, es brechen auch die Grundlagen für eine demokratische Gesellschaft zusammen.

Das vorliegende Buch ist ein Plädoyer für eine solche radikale ökonomische Aufklärung und setzt sich mit den Möglichkeiten in Schule auseinander.“



radikale ökonomische Aufklärung“, so der Untertitel des Buchs. Dies habe ich in der Einleitung aktuell festgemacht an Trump auf der einen und der AfD auf der anderen Seite. Zitat: „Sowohl bei Trump als auch bei der AfD gibt es ein vergiftetes Versprechen, das anscheinend so zugkräftig ist, so scheinbar einleuchtend, so groß, dass es alle anderen Aussagen völlig in den Schat-

Wie würdest du das Anliegen des Buches in zwei Sätzen beschreiben?

Ich glaube, ich komme auch mit einem aus: Wie wäre es statt mit einer „marktkonformen Demokratie“ umgekehrt mit einem „demokratiekonformen Markt“?!

KONZEPTIONELLE ANSÄTZE IN BZB UND MARBURGER PRODUKTIONSSCHULE

Präsentation auf der Jahrestagung des Europäischen Sozialfonds

Seit dem Jahr 2000 bereits steht die Handlungsorientierung im Zentrum des methodisch-didaktischen Unterrichtsgeschehens der Lerngruppen der Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB) an der Adolf-Reichwein-Schule (ARS), insbesondere geprägt durch den außerschulischen Lernort Marburger Produktionsschule (MPS), den



man gemeinsam mit dem Bildungsträger Arbeit & Bildung betreibt. Das praxisnahe handlungsorientierte pädagogische Konzept wird in regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen reflektiert und aktualisiert. Dabei werden selbstverständlich auch die sozialpädagogischen Fachkräfte und weitere Träger der Bildungsarbeit in die Arbeit eingebunden. Diese sind im Kollegium durch die jahrelange kompetente Zusammenarbeit bestens vernetzt, kennen das Lehr- und Lernarrangement und stimmen sich daraufhin ab, um für die Jugendlichen möglichst effiziente Übergänge in die Berufswelt zu gestalten.

Im Schuljahr 2017-18 fand eine ganztägige Inspektion des Referates III.4 des Hessischen Kultusministeriums im Bereich der BzB-PUSCH Lerngruppen der ARS und insbesondere der Marburger Produktionsschule statt. Besondere Anerkennung fanden dabei

- die hohe Professionalität bei der Berufsorientierung durch die praxisnahen und meist auftragsbezogenen Lernarrangements, die motivationssteigernd auf die Jugendlichen wirken, weil die Arbeit an Aufträgen aus der Praxis einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft erfahrbar machen,
- die überdurchschnittliche Vermittlungsquote in Ausbildung und weiterführende Bildungsgänge durch die gute Vernetzung mit Kooperationspartnern, zu Anlaufstellen für die individuelle Förderung der Lernenden und zu potentiellen Praktikums- und Ausbildungsbetrieben,
- die zeitlich versetzte Struktur der Praktikumswochen je nach Lerngruppe, um die Potenziale regionaler Unternehmen mit einem Angebot betrieblicher Praktika optimal nutzbar zu gestalten, dabei langfristig nachhaltige Perspektiven auf Ausbildungsplätze zu eröffnen,
- die Beratungskultur und der wertschätzende Umgang mit den Teilnehmer/innen, die ein wesentlicher Beitrag für die erfolgreiche Gestaltung von Anschlussmöglichkeiten sind,
- der erfolgreiche, konstruktive und abgestimmte Einsatz des sozialpädagogischen Fachpersonals, hier insbesondere die intensiven Gesprächskontakte, die sich an den individuellen Problemlagen der Jugendlichen orientieren.

Bereits im Februar 2018 wurden von Kolleginnen und Kollegen der Bildungsgänge zur

Berufsvorbereitung die Planungsperspektiven und Möglichkeiten der differenzierten inhaltlichen Unterrichtsgestaltung für das SJ 18-19 ausgelotet. Eine ganztägige außerschulische Fortbildungsveranstaltung wurde mit Lehrenden und sozPäd. Fachpersonal gemeinsam organisiert, um die schulspezifischen Leitlinien für PUSCH und Regelklassen BzB konzentriert entwickeln zu können. Die protokollierte Dokumentation dort gewonnener Erkenntnisse und erarbeiteter konzeptioneller Bedingungen bildete die Grundlage für einen konfliktfreien und effizienten Schuljahresbeginn. Gleichzeitig wurden damit Strukturen zur Unterrichtsverteilung in 4 oder 5 zu erwartenden Lerngruppen zur vorläufigen Planung vorgelegt. Dank relativ flexibel gehaltener Vorgaben war es der Schulleitung möglich, sehr schnell zu Beginn des neuen Schuljahres auf die Gestaltung des Stundenplans zu reagieren und 2 Lerngruppen BzB und 2 Lerngruppen BzB-PUSCH zu bilden.

Die Gruppe der BzB-Lehrerinnen und Lehrer ist sehr gut



vernetzt und arbeitet seit vielen Jahren an einem praxisnahen pädagogischen Konzept, das in regelmäßigen internen Fortbildungsveran-

staltungen koordiniert wird. Dabei werden selbstverständlich auch die sozialpädagogischen Fachkräfte und freien Träger in die Arbeit verantwortlich eingebunden, die eine effiziente Kommunikation mit dem Kollegium der ARS pflegen.

Nach der positiven Rückmeldung aus der PUSCH-Inspektion erhielten wir die Einladung, unsere Arbeit anlässlich der Jahrestagung des Europäischen Sozialfonds in Langen im Auftrag des Hessischen Kultusministeriums



zu präsentieren. Mit insgesamt 8 Vertretern der ARS/MPS, davon 2 Schüler, stellte sich das Kooperationsprojekt am 5. September mit einem Messestand vor, aktuelle Lernobjekte wurden gezeigt und die pädagogischen Bezüge in Fachgesprächen und medial unterstützt mit einer digitalen Präsentation dem interessierten Publikum erläutert.

Die ARS hat als größte gewerblich-technische Berufsschule in der Region ein vielfältiges Angebot an Teil- und Vollzeitschulformen. Damit stehen den Jugendlichen aus den BzB Hospitationsmöglichkeiten zur Verfügung, die vom lehrenden und sozPäd. Fachpersonal ggf. arrangiert und begleitet werden. Insbesondere im Bereich der Teilzeitberufsschule wird dies auch von unseren Jugendlichen genutzt und damit

das Orientierungsspektrum im Übergangssystem erweitert. Hinzu kommt das fachpraktische Unterrichtsangebot im außerschulischen Lernort MPS und in den Werkstätten der ARS.

Kurz vor den HSA/QHSA-Abschlussprüfungen wird für die PUSCH-Lerngruppen eine Intensivphase mit vorbereitenden Elementen organisiert. Über das Schuljahr werden Stützkurse angeboten, in die sich Schülerinnen und Schüler nach Kompetenzen und Empfehlungen einwählen können. Bisherige Erfahrungen in den BzB sind damit sehr positiv. Gleichwertiges Ziel ist es, die Teilnehmer/innen in eine Ausbildung oder auf eine weiterführende Schule zu vermitteln. Die ARS ist gut vernetzt, um in passende Maßnahmen vermitteln zu können, sollte kein Ausbildungsplatz gefunden werden. Im Unterrichtsgeschehen wird der Fokus auf die sozialen, kommunikativen und fachlichen Kompetenzen gelegt, um den Übergang Schule-Beruf erfolgreich gestalten zu können. Auch wurden für ehe-



malige Teilnehmer/innen aus den INTEA-Lerngruppen, die den HSA anstreben, zusätzliche Kontingente mit DAZ-Stunden zur Förderung der Sprachkompetenz organisiert.

Das pädagogische Konzept der Marburger Produktionsschule orientiert sich an dem dänischen

Modell der Produktionsschulen, in denen Strukturen der Kompetenzentwicklung geschaffen wurden, die einer betrieblichen Realität entsprechen. Die projekt- und auftragsbezogene Arbeit steht dabei im Zentrum des methodisch-didaktischen Handelns. Im kooperierenden Netzwerk der ARS/MPS arbeiten wir bevorzugt an Projekten für öffentliche Einrichtungen (Kindergärten, Behinderteneinrichtungen, Schulen, Naturschutzprojekten etc.) und Kooperationspartner, die auch Plätze für Praktika bereitstellen. Die Kombination aus den unterschiedlichen Möglichkeiten verbunden mit Praktika in regionalen Unternehmen und Dienstleistern ergibt in der Gesamtheit ein hohes Maß an Handlungs- und Projektorientierung - immer gemessen an Bedarf und Kompetenzen der Jugendlichen. Durch diesen Ansatz und der Möglichkeit einer inneren Differenzierung ergibt sich eine Lernatmosphäre, in der sie sich verstanden und akzeptiert fühlen.

Die Teilnehmer/innen erfahren damit den WERT ihrer Arbeit als emanzipatorische Größe, es gelingt, gemeinsam in einem Team von Lehrenden und Lernenden, die Schaffung gesellschaftlicher Werte im Kontext von Lernarrangements umzusetzen. In solchen Prozessen erworbene Kompetenzen bilden eine effiziente Grundlage für eine berufliche Orientierung und letztlich für die Übergänge in Ausbildung oder weiterführende Schulformen.

Rainer Hoffarth, Andre Estor, Christoph Kubens, Rainer Zühlke, Andreas Strauß, Carsten Klein und Rolf Daniel

Fotos: Stefan Krutsch, Frankfurt

UN DA SOLL MER SICH NET UFFREESCHE....

Was bisher geschah...

25. März 2015 hat der hessische Landtag den vorliegenden Antrag angenommen:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Förderung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, welche Voraussetzungen notwendig sind, um Fachlehrerinnen und Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer (FlatF) an beruflichen Schulen eine Aufstiegsmöglichkeit über ein Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren zu ermöglichen. Dabei sind alle Kompetenzen zu berücksichtigen, die sich die FlatF während ihrer Ausbildung und auf ihrem bisherigen Berufsweg erworben haben. Um den derzeit bereits erkennbaren steigenden Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern mit dem Lehramt für berufsbildende Schulen sicherzustellen, ist besonders zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen interessierten FlatF eine Weiterqualifizierung durch ein berufsbegleitendes Studium eines zweiten Unterrichtsfaches ermöglicht werden kann. Die Kosten eines solchen berufsbegleitenden Studiums sind zu ermitteln. Über die Ergebnisse soll im Kulturpolitischen Ausschuss berichtet werden.

Wiesbaden, 17. Juli 2014

Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Und nun zu den Fakten und meinen persönlichen Kommentierungen.

Fakt 1:

Die erste Abfuhr erfolgte recht schnell, schon am 20. Oktober 2015 wurde in einer Drucksache (siehe Insider Nr. 4 von 2015, Seite 16 ff) von Staatssekretär Manuel Lösel darauf hingewiesen „...Aufgrund ihres Werdegangs verfügen FlatF über ganz spezielle praxisorientierte Kernkompetenzen und Qualifikationen...“ „Mit dieser speziellen Expertise haben sie von allen Lehrkräften den höchsten Bezug zur Arbeitswelt..“, und „Für die Weiterqualifizierung von Fachlehrern zu Lehrkräften mit beruflichem Lehramt wäre als Basis die Berechtigung zum Zugang zum Höheren Dienst und als Voraussetzung dafür ein entsprechendes Studium notwendig“.

Mein Kommentar:

Ein Laufbahnwechsel ist gar nicht nötig, denn der „gehobene Dienst“ schließt die Besoldungsgruppen A9 bis A13 ein. Wir wollen erst Mal nur eine Gleichstellung, also A 13 und nicht 6 Jahre A10 und dann erst lebenslang A 11. Übrigens, nur diese 6 Anfangsjahre (Vergleich A 10 zu A 13 in den gleichen Besoldungsstufen) stellen eine

gehaltliche Differenz von 86.838,12 € dar.

Auch wird mit diesem Statement unterschwellig wieder diskriminiert. Es wird einfach behauptet, dass „Studierte“ einen „höheren gesellschaftlichen Wert“ darstellen?! Und nicht mit den oben genannten FlatF-Qualifikationen gleichwertig sind?! Scheinbar muss es eine Rangordnung geben, um sich gesellschaftlich „einzuordnen“. Ich ziehe

daraus den Schluss, dass „Praxis“ – spricht eine nicht akademische Laufbahn (und die damit verbundenen erworbenen Kompetenzen, die über ein „machen“ hinausgehen, z.B. Personalführung, Arbeitsorganisation ...) weniger Wert haben. In meinem Kopf ist das ein ähnlich unhaltbarer Vergleich wie die Aussage: „Männer sind weniger wert als Frauen.“

Fakt 2:

Staatssekretär Manuel Lösel führt weiter in besagter Drucksache aus: „Es ist deshalb vorgesehen, weitere Aufstiegsmöglichkeiten für FlatF zu schaffen, in dem in einem ersten Schritt zusätzliche zwanzig Stellen der Wertigkeit A12 ausgewiesen werden, auf die sich diese Lehrkräfte bewerben können. Besonders in den Blick genommen werden dabei Aufgaben-

profile im Bereich der Verzahnung von Theorie- und Fachpraxisunterricht in der jeweiligen Fachrichtung.“ „Die für die Wahrnehmung dieser besonderen Aufgaben notwendige zusätzliche Qualifizierung wird so zeitnah angeboten, dass es den ersten Bewerbern möglich sein wird, sich für das Schuljahr 2016/17 auf eine entsprechende Stelle zu bewerben und darüber den Aufstieg in die Besoldungsgruppe A12 zu erreichen.“

Mein Kommentar:

Hä ? Das machen wir doch schon lange, spätestens seit die Lernfelder eingeführt wurden. Bei der curricularen Lernfeldarbeit haben wir nicht nur einen erheblichen Beitrag geleistet, sondern oftmals existieren diese Lernsituationen nur in dem sog. „fachpraktischen Unterricht“. Die Verzahnung von Theorie und Praxis ist für uns selbstverständlich. Und nun soll ich mich auf eine A 12 Stelle bewerben, die beamtenrechtlich eine Funktionsstelle darstellt und eher mit dem „kleinen Pendant A 14“ zu vergleichen ist?! Und wieso wird hier von einer „zusätzlichen Qualifikation“ gesprochen? Müssen A 14 BewerberInnen sich auch zusätzlich qualifizieren? Wenn denn überhaupt eine der 20 Stellen an meiner Schule ausgeschrieben werden würde. 20 Stellen für 110 berufliche Schulen !!!

Fakt 3

Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer erteilen arbeits-technischen Unterricht als Bestandteil des berufsbezogenen Unterrichts, indem sie im dualen System in Lernfeldteams den Unterricht mit **beruflichen Lernsituationen und Lernaufgaben** planen, durchführen und kontrollieren, in vollschulischen Bildungsgängen durch Lernaufgaben, Kundenaufträge und Projekte ausgehend von beruflichen Handlungssituationen **arbeitstechnisch qualifizieren und ausbilden**, in besonderen Bildungsgängen und den Praxistagen der Mittelstufenschule Schülerinnen und Schüler für die Berufs- und Arbeitswelt qualifizieren und zur Berufsreife/Berufswahlreife führen.

<https://schulaemter.hessen.de/schuldienst/einstellung-in-den-schuldienst/fach-lehrkraft-fuer-arbeitstechnische-faecher>, Informationsblatt FLaAnw 06-18 0.pdf, 14.09.2018

Mein Kommentar:

Tun das StudienrätInnen nicht? Okay, vielleicht nicht in den allgemeinbildenden Fächern. Oder ist das die Zusatzaufgabe der FlatF, denn die Dienstordnung von 2011 und das Lehrerbildungsgesetz sprechen hier von gleichen Aufgabengebieten, da sind alle Lehrkräfte gleich. „Gleich ist jedoch nicht gleich gleich“. Die Differenzierung: FlatF unterrichten eine Stunde mehr und liegen 2-3 Besoldungsstufen tiefer.

Das kann doch nicht sein?! Entweder eine klare Unterscheidung der Aufgaben oder gleiche Arbeitsbedingungen! Bekommt ein Politiker mit Studium eine höhere Vergütung und geringere Arbeitszeit wie ein Politiker ohne Studium?

Fakt 4

Am 24. Mai 2017 legte das HKM den Erlass „*Erwerb einer zusätzlichen Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder den beruflichen Schulen*“ vor. Im Begleitschreiben an den HPRLK heißt es: „*Inbesondere Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer zählen zum Adressatenkreis des Erlasses*“ (s. *insider* 2/2017 S. 27).

Mein Kommentar:

Geht's noch! Ich soll mit all meinen Qualifikationen und Kompetenzen nochmals komplett studieren, die Erste und Zweite Staatsprüfung ablegen und den Pädagogischen Vorbereitungsdienst (den ich schon mal durchlaufen habe) noch mal ein Jahr machen. Und wenn ich hoffentlich ein Mangelfach habe (wie Metall, Elektro oder Informatik) erhalte ich gnädigerweise durch das HKM eine Unterrichtsentlastung von 5 Wochenstunden für 2 Jahre. Mit mir nicht!

Zum Schluss

Die Schulwelt hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. So

kann ich mich noch gut daran erinnern, dass ich das Thema X nicht zu unterrichten hätte, denn das sei ausschließlich „Sache“ der Theorie. Und heute?

Wie sieht es im Schulalltag aus? Die einzige Unterscheidung, die sofort laut gerufen wird, ihr (FlatF) habt ja kein zweites Fach. Ach ja, vielleicht nicht studiert, aber praktiziert. Und wie viele Theorie-Lehrkräfte unterrichten selten bis gar nicht ihr zweites Fach.

Arbeitstechnische Fachlehrkräfte sind gut genug, um Klassenlehrkraft zu werden, um den Tag der „offenen Tür“ und sonstige Veranstaltungen lebendig zu gestalten, um Berufsfachschul-Prüfungen zu konzipieren und durchzuführen, um Kontakte mit Handwerkskammern, Innungen und IHKs zu pflegen und auch hier aktiv Gesellen-Prüfungen mit zu gestalten und abzunehmen, um ganze Klassen zu schulen, um vorübergehend auch mal NaWi und Sport zu unterrichten, um didaktisch Lernfelder auszuarbeiten, um funktionstüchtige Fachräume/Werkstätten (dazu gehören Materialbeschaffung, Fachraumbudget und Pflege der Arbeitsmittel) sicher zu stellen, Praktikumsbetreuung und Bewertungen durchzuführen und Beraten, Betreuen, Diagnostizieren, Fördern und Innovieren, um ...

Denn im Gegensatz zu StudienrätInnen sind wir legitimiert, nicht nur „Theorie“, sondern auch „Praxis“ zu vermitteln. Schon alleine dieses Auseinanderdividieren geht mir gegen den Strich. Wenn ich Schwimmen oder Autofahren lerne nützt es mir nichts, *nur* die Praxis oder *nur* die Theorie zu kennen.

Abber mit uns kann mer es ja mache.

Kleine Personengruppe in der Schullandschaft, ohne große Lobby. Die trotz schlechter Behandlung en-

gagiert ist. Ich würde mir hier mehr Solidarität, statt Ignoranz und Angst um die Pfründe wünschen. Ich will keinem/keiner AkademikerIn die Kompetenz absprechen, aber das erwarte ich auch umgekehrt. Denn nur gemeinsam bringen wir Schule voran.

Und wäre ein tatsächliches Verständnis vorhanden, würde ein Weg gefunden werden. Stattdessen geht die Landesregierung lieber die Gefahr der „inneren Kündigung“ dieser kleinen Personengruppe ein.

So nedd mer, mir reicht's

Für mich gibt es nur noch 2 Möglichkeiten:

Entweder passiert tatsächlich was und zwar vor meiner Pensionierung*
... oder ich ziehe mich auf die innere Haltung „Unterweisungslehrkraft“ zurück.

Das heißt: **Ich will keine Gleichstellung mehr, sondern eine differenzierte Stellenbeschreibung (deutliche Abgrenzung zum Aufgabengebiet der StudienrätInnen), die den größeren Stundenumfang und die geringere Besoldung rechtfertigen.**

Die saure

Christine Nagel

Christine Nagel wird im nächsten *insider* die Wahlaussagen der hessischen Parteien sowie das dann vorliegende Koalitionspapier einer kritischen Würdigung aus Sicht der a.t. Fachlehrer_innen unterziehen

„BERUFSAUSBILDUNG IN HESSEN 2018“ VERÖFFENTLICHT

Wirtschaftsministerium 27. September 2018

Der vom Landtag jährlich beauftragte Bericht „Berufsausbildung in Hessen 2018“ ist veröffentlicht worden. Hier sind die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Zum ersten Mal seit fünf Jahren ist in Hessen die Anzahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** im Vorjahresvergleich angestiegen. Das Plus beträgt 1,2 % und ist damit überdurchschnittlich hoch (in Deutschland insgesamt 0,6 %). Ein Grund für den Anstieg ist die zunehmende Anzahl an Vertragsabschlüssen mit jungen Menschen, die einen Migrations- und/oder sogar Fluchthintergrund aufweisen.

Trotz der aus Sicht der Jugendlichen positiven Entwicklungen besteht in Hessen – wie in den meisten Bundesländern – weiterhin ein **Überhang an Bewerberinnen und Bewerbern** um einen Ausbildungsplatz. Die jungen Menschen mussten sich entsprechend eine Alternative zur dualen Ausbildung suchen.

In den vergangenen Jahren ist

die Anzahl sowohl der Betriebe als auch der Beschäftigten in Hessen spürbar gewachsen. Mit diesen dynamischen Entwicklungen halten die Ausbildungsaktivitäten nicht Schritt: Statistische Kennziffern, die die Ausbildungsaktivitäten ins Verhältnis zur Beschäftigung setzen, fallen niedriger aus und weisen insofern auf eine sinkende Ausbildungsaktivität in Hessen hin. Vor allem Kleinbetriebe mit bis zu neun Beschäftigten ziehen sich aktuell aus der (dualen) Ausbildung zurück.

Neuerdings liegen **Informationen zum Schulabschluss** vor, den die Betriebe bei Besetzung einer Ausbildungsstelle von den Bewerberinnen und Bewerbern fordern. Obwohl die duale Ausbildung rechtlich keine schulischen Zugangsvoraussetzungen hat, wurde in Hessen im Ausbildungsjahr 2016/2017 bei 46 % der angebotenen Stellen ein Hauptschulabschluss erwartet, bei 38 % ein Mittlerer Abschluss und bei rund 10 % die (Fach)Hochschulreife.

Bei der **Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration von Personen mit Fluchthintergrund** gibt es Fortschritte. Bei einer insgesamt steigenden Anzahl an Bewerberinnen und Bewerbern um einen Ausbildungsplatz erhöhte sich der Anteil derjenigen mit Fluchthintergrund im aktuellen Jahr auf 6 %. Bezogen auf die acht für Hessen quantitativ bedeutendsten nichteuropäischen Asylherkunftsländer hat sich die Anzahl der Auszubildenden mehr als verdoppelt.

Der **Übergangsbereich**, in dem Jugendliche nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen (zusätzliche) Maßnahmen zur Ausbildungs- und Berufsvorbereitung absolvieren können, schrumpft in Hessen

weiter. Dies ist insofern positiv zu werten, als die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen der Absolventinnen und Absolventen dieser Bildungsgänge relativ gering einzuschätzen sind. Das Minus bei der Anzahl der Anfängerinnen und Anfänger im Übergangsbereich beträgt 19 % gegenüber dem Vorjahr.

Das **vorrangige Ziel der Hessischen Landesregierung** ist es, dass sich wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung entscheiden. Die berufliche Ausbildung soll für die Gesamtheit aller jungen Menschen attraktiver werden. Die Jugendlichen sollen wieder stärker zu einer beruflichen Ausbildung motiviert werden. Die dazu notwendigen Maßnahmen haben die Hessische Landesregierung, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und die Kommunalen Spitzenverbände mit der Unterzeichnung des „Bündnis Ausbildung Hessen“ vereinbart. Dazu gehören unter anderem die verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen durch den direkten Hochschulzugang für beruflich qualifizierte, die kürzlich per Verordnung verbindlich geregelte Berufsorientierung an allen Schulen inklusive Gymnasien ab der Sekundarstufe I, Programme zur Begleitung und Unterstützung von Auszubildenden und Betrieben während der Ausbildung und das Schüler- und Azubiticket Hessen.

Der Bericht *Berufsausbildung in Hessen 2018* kann unter www.hessen-agentur.de/mediathek/ oder <https://wirtschaft.hessen.de/presse/informaterial/11> entweder als Download heruntergeladen oder als gedrucktes Exemplar bestellt werden.

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung



Berufsausbildung in Hessen 2018



HessenAgentur
HIA Hessen Agentur GmbH

An Hessen führt kein Weg vorbei.

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen
-Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •
Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

KMK UND BUNDESMINISTERIN VEREINBAREN ZUSAMMENARBEIT

15.06.2018

Der Digitalpakt für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien und der geplante Nationale Bildungsrat standen im Mittelpunkt des ersten Treffens von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek und den Bildungsministerinnen und -ministern der Länder auf der Kultusministerkonferenz in Erfurt. Während beim **Nationalen Bildungsrat** noch viele Fragen geklärt werden müssen, zeichnete sich beim **Digitalpakt** eine hohe Übereinstimmung zwischen Bund und Ländern ab.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek und die Bildungsminister der Länder bekräftigten noch einmal ihren festen Willen, den **Digitalpakt** zügig zu vereinbaren. Ihr gemeinsames Ziel ist es, dass der Digitalpakt 2019 startet und der Bund bis zum Ende der Legislaturperiode 3,5 Milliarden Euro und damit ab dem Jahr 2019 insgesamt fünf Milliarden Euro für fünf Jahre für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik zur Verfügung stellt. Gleichzeitig übernehmen die Länder die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, die Anpassung der Bildungspläne, die Beschaffung von Lernprogrammen und weiterer Software sowie die Sicherstellung von Betrieb und Wartung der Infrastrukturen.

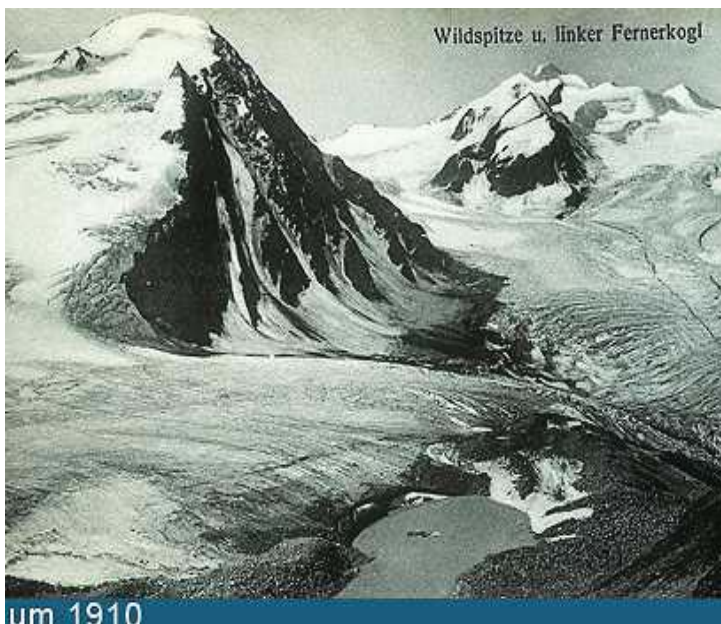
Bis Ende 2018 wollen Bund und Länder auch die letzten offenen Fragen rund um die genaue-

re Finanzierung des Digitalpaktes klären. Mit der nunmehr durch den Koalitionsvertrag vorgesehenen Ausgestaltung als Finanzhilfe nach dem zu ändernden Art. 104c ist aus Sicht des Bundes auch über den Eigenanteil der Länder zu den Investitionskosten der technischen Infrastruktur zu verhandeln. Hier machten die Länder deutlich, dass diese Forderung sich nicht mit den bisher entwickelten Eckpunkten deckt und Länder und Kommu-



nen im Rahmen des Gesamtpakts bereits erhebliche finanzielle Lasten schultern, um die digitale Bildung an Schulen voranzubringen.

Beide Seiten sind sich auch einig darin, einen **Nationalen Bildungsrat** einzurichten. Der Nationale Bildungsrat soll auf Grundlage der empirischen Bildungs- und Wissenschaftsforschung Vorschläge für mehr Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen vorlegen. Nach dem Bundesbildungsministerium hat jetzt auch die Kultusministerkonferenz einen Vorschlag zur genaueren Ausgestaltung und Aufgabenbeschreibung des Gremiums vorgelegt. Beide Seiten wollen jetzt eine gemeinsame Verhandlungsgruppe einsetzen, um einen gemeinsamen Vorschlag zu entwickeln.



„ALPENPREIS“ FÜR GLETSCHER- CHRONIK

Klimawandel sichtbar gemacht:

**Auszeichnung für die Gesellschaft für ökologische
Forschung**

In den Alpen zeigt sich der Klimawandel so deutlich wie kaum irgendwo sonst: Noch in diesem Jahrhundert, so die Prognose von Experten, könnten die Gletscher dort komplett verschwinden. Seit fast 30 Jahren beobachten Wolfgang Zängl und Sylvia Hamberger, die Gründer der „Gesellschaft für ökologische Forschung“, den Rückgang des Eises. Vor allem durch Vergleiche von aktuellen und historischen Fotos, die vom selben Standort aufgenommen wurden, ist es den beiden Münchnern gelungen, den Schwund zu dokumentieren. Ein dramatisches Beispiel ist die Wildspitze mit dem Linken Fernerkogel in Österreich (Fotos).

Für ihre Arbeit, die Greenpeace von Anfang an finanziell unterstützt hat, haben die beiden Umweltchronisten den fünften Deutschen Alpenpreis der internationalen Alpenschutzkommission Cibra bekommen. In der Laudatio sagte Dominik Siegrist von der Hochschule für Technik im schweizerischen Rapperswil: „Diese Methode informiert den Betrachter nicht nur über eine schleichende Entwicklung, sie macht ihn auch betroffen – und erschreckt durch ihre tiefe Ästhetik.“ Und sie bewahrt den Anblick der uralten Eislandschaft für nach kommende Generationen.

MEHR ZUM THEMA

Die von Greenpeace unterstützte Dokumentation finden Sie unter: gletscherarchiv.de

(Zur Behandlung im Unterricht sehr empfohlen. D.S.)